

Generalstreik 1948

eine Textsammlung



Herausgeber: Sozialistische Alternative (SAV), Ortsgruppe Stuttgart,
stuttgart@sav-online.de, Martin Magoltz, Böblinger Str. 7, Tel. 0163/7340933

Der Generalstreik 1948

Heute wird von der Zeit nach dem 2. Weltkrieg der Eindruck erweckt, es sei – mit Hilfe der Alliierten Amerikaner, Briten und Franzosen – im Westen Deutschlands von der Hitlerdiktatur geradewegs zur „Demokratie“ gegangen. Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit.

Der 12. November 1948 war ein dunkler, trüber Freitag. Das ist nicht weiter außergewöhnlich. Aber daß an einem normalen Werktag von Flensburg bis Augsburg, von Göttingen bis Köln die Arbeit ruht – das ist in der ganzen Nachkriegszeit nicht mehr vorgekommen.

Der DGB hatte in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone – der sogenannten Bi-Zone – zum 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Diesem Aufruf waren von 11,7 Millionen Beschäftigten in der Doppelzone über 9 Millionen gefolgt. An diesem Tag streikten mehr als dreimal so viele Arbeiter wie in allen Streiks in den 20 darauffolgenden Jahren zusammengenommen.

Die Mär vom direkten Weg zur westlichen Demokratie dient der Legendenbildung, daß sozialistische Ideen in Deutschland nach der Hitlerdiktatur nur über eine neue, stalinistische Diktatur Verbreitung fanden. Doch die Jahre 1945 bis 1952 waren gekennzeichnet von heftigen Klassenkämpfen, und die bürgerlich-parlamentarische Demokratie war keinesfalls das erklärte Ziel der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Im Gegenteil – es war klar, daß das kapitalistische System direkt für die 12 Jahre Hitlerdiktatur verantwortlich war und daß es auf diesem Weg, wollte man derartige Auswüchse für die Zukunft vermeiden, nicht weiterging.

Die im Interesse der Bourgeoisie liegende Hauptfunktion des Faschismus war die völlige Zerschlagung einer der stärksten und kämpferischsten Arbeiterbewegungen der Welt, der deutschen, gewesen. Ihre Parteien und Gewerkschaften wurden zerstört, die meisten der führenden Aktivisten hingerichtet oder mußten emigrieren. Von allen politischen Verfolgten brachten die Arbeiterorganisationen die größten Opfer.

Hinrichtungen

Der Faschismus konnte zwar die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen – er konnte aber nicht alle die ca. 1,3 Millionen Parteimitglieder der SPD und KPD oder die ca. 5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder physisch ausrotten. Trotz der noch in den letzten Kriegsjahren vorgenommenen 25 000 Hinrichtungen an politischen Gefangenen gab es weiterhin aktive Widerstandsgruppen.

Sicher waren diese Gruppen und die Arbeiterklasse insgesamt durch die 12 Jahre Naziterror und sechs Jahre Krieg zu geschwächt, um den Faschismus von innen zu besiegen. Aber es waren gerade diese Widerstandsgruppen sowie ehemalige Mitglieder der beiden großen Arbeiterparteien, die noch während des Zusammenbruchs des Faschismus aktiv wurden.

So gelang es zum Beispiel im Ruhrgebiet einigen illegalen Betriebszirkeln, die Sprengung von Schachanlagen durch SS-Wehrmachtsverbände zu verhindern. In vielen Fällen übernahmen die spontan gebildeten Betriebsräte oder Betriebsausschüsse die Leitung der Fabriken.

Der gleiche Prozeß vollzog sich in den Kommunen. Auch hier entwickelten sich aus Widerstandsgruppen und Aktivisten der Arbeiterbewegung „Antifa-Komitees“ oder „Volkskomitees“. Ihre erste Aufgabe war es, den Widerstand sprengter Nazieinheiten nach Möglichkeit zu unterbinden und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen.

All diese Aktivitäten waren vorerst geprägt durch die Notwendigkeit, das Überleben zu sichern. Mit der Niederlage des Faschismus brach fast automatisch der bürgerliche Staatsapparat und die kapitalistische Herrschaft in den Betrieben zusammen. Es war also auf der einen Seite ein Vakuum entstanden, welches zunächst nur durch die sich wieder organisierende Arbeiterbewegung gefüllt werden konnte.

Rätebewegung

Auf der anderen Seite muß diese „Rätebewegung“ aber auch als eine Folge der Lehren gesehen werden, die große Teile der Arbeiterklasse aus dem Faschismus gezogen hatte. Als eine der Ursachen für den Sieg des Faschismus 1933 wurde allgemein die Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD angesehen.

Gleichzeitig erkannte man, daß der Faschismus eine Folge des kapitalistischen Systems war, nur eine grausame Spielart bürgerlicher Herrschaft. Das neu aufzubauende Deutschland konnte also nur ein sozialistisches sein. Diese Stimmung spiegelt sich nicht nur auf dem Papier wider, sondern auch bei den praktischen Aktionen.

Bereits am 19. 4. 1945, also fast einen Monat vor der offiziellen Kapitulation Nazideutschlands, fand das erste illegale Treffen der Betriebsräte aus sechs verschiedenen Ruhrstädten statt. Man beschloß die sofortige Wiederaufnahme der Produktion unter der Leitung der Betriebsräte in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Antifa-Komitees.

Als Tagesaufgabe wurde allgemein die starke Entnazifizierung, die Sozialisierung der Schwerindustrie und des Eigentums der Kriegsverbrecher gesehen. Ein amerikanischer Historiker schrieb 1949 über die Betriebsräte und die Antifa-Komitees folgendes: „Fast ausnahmslos wurden die alliierten Truppen bei der Besetzung größerer deutscher Städte von Delegationen linker Antifaschisten empfangen, die fertige Programme, Kandidaten für die örtliche Verwaltung und Unterstützung bei der Durchführung der Entnazifizierung bereithielten.“

Die vorherrschende Stimmung der Arbeiterklasse drückte sich auch in den damaligen Reden der beiden führenden Nachkriegsgewerkschafter aus. Hans Böckler und Fritz Tarnow: „Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen.“ „Die Gegenwart geht schwanger mit einer neuen Ordnung... Es kann kein Zweifel sein, daß die Uhr der freien, privat-kapitalistischen Produktionsordnung abgelaufen ist.“

Es gibt allerdings einen grundlegenden Unterschied zwischen einem Totkranken und einer Leiche. Der Kapitalismus bricht nicht einfach zusammen, vielmehr bedarf es dazu der bewußten Aktion der Arbeiterbewegung - also auch der Gewerkschaften.

Sehr früh erkannten die Besatzungsmächte, in welcher bedrohlicher Lage sich der Kapitalismus in Deutschland befand. Zwar kamen den USA und Großbritannien der Niedergang eines der mächtigsten Konkurrenten sehr gelegen. Eine erfolgreiche sozialistische Revolution in Deutschland mit unabsehbaren internationalen Folgen barg allerdings ein wesentlich höheres Gefahrenpotenzial in sich als ein Wiedererstarken des deutschen Kapitals.

Die westlichen Besatzungsmächte taten also alles, um den Wiederaufbau der Arbeiterorganisationen zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. So wurde zum Beispiel die KPD in Teilen des Ruhrgebietes erst Mitte September 1945 wieder zugelassen. Die spontan in Hamburg gebildete „Sozialistische Freie Gewerkschaft“ mit 50 000 Mitgliedern wurde fünf Wochen nach ihrer Gründung verboten. Von den 194 Anträgen auf Gründung örtlicher Gewerkschaften wurden im Frühjahr 1946 von der britischen Besatzungsmacht nur 51 genehmigt. Erst ab Januar 1946 war es den noch gezwungenermaßen lokal beschränkten Gewerkschaften gestattet, Beiträge zu sammeln und öffentlich Mitglieder zu werben.

Entnazifizierung

Ein weiteres Hindernis bei der Wiederherstellung des Kapitalismus in Deutschland war für die Besatzungsmächte die deutsche Bourgeoisie selbst. An eine Restauration des alten Systems war ohne diese ehrenwerten Herren nicht zu denken. Doch waren sie zum überwältigenden Teil Nazis gewesen. Es war also gefährlich, ihnen offen die Herrschaft direkt zu übergeben.

Eine Entnazifizierung, die diesen Namen verdient, war aber deshalb von Anfang an ausgeschlossen. Die Ursache für viele betriebliche Kämpfe 1945 war dann auch gerade die nicht durchgeführte Entnazifizierung. Die Forderung danach war sehr häufig direkt verbunden mit der nach einer Enteignung der Betriebe. Sehr oft saßen ja gerade die „Fabrikherren“ als Kriegsverbrecher auf der Anklagebank.

Bloße Verhandlungen, wie etwa zwischen der örtlichen Gewerkschaft und dem Essener Oberbürgermeister mit der britischen Militärbehörde über die entschädigungslose Enteignung des Krupp-Konzerns, mußten scheitern. Den Versuchen, eine Säuberung der Betriebe von Nazis durch isolierte Streikmaßnahmen durchzusetzen, wurde mit Verhaftungen der Betriebsräte und mit Panzern begegnet.

Um die alten kapitalistischen Besitzverhältnisse abzuschwächen, wurde seit Mai 45, solange sich die Fabrikbesitzer der Schein-Entnazifizierung unterziehen mußten, eine Treuhänderschaft eingeführt. Ehemalige leitende Angestellte führten im Auftrag der Militärregierung die Betriebe. Jede innerbetriebliche Auseinandersetzung wurde damit fast automatisch zu einem Konflikt mit den Militärs.

Eine weitere Maßnahme zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Westdeutschland war die sogenannte Entflechtung und Dezentralisierung besonders der Chemie- und der Stahlindustrie. Damit sollte, ohne das kapitalistische System entscheidend zu schwächen, ein Wiederaufstieg der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt behindert werden. Gleichzeitig schürte die Entflechtung, also die angebliche „Beseitigung“ der Kartelle und Monopole die Illusion, gerade in der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschafts-

führung, die Westalliierten könnten einer sozialistischen Entwicklung Deutschlands zustimmen.

Dieser Wunschglaube hätte bereits im Dezember 46 durch die Realitäten endgültig zerstört sein müssen. Obwohl sich 72 Prozent der hessischen Bevölkerung bei einer Volksbefragung für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ausgesprochen hatten, wurde dieser Paragraph durch die Militärs aus dem Landesverfassungsentwurf gestrichen. Die Lehren aus dem hessischen Experiment wurden gezogen, alle weiteren geplanten Volksabstimmungen über Sozialisierung wurden von den Militärbehörden verboten.

Dennoch wurden in den Jahren 1946 und Anfang 1947 noch einige Zugeständnisse erreicht - allerdings erst nach heftigen Kämpfen der Arbeiter. Besonders im Ruhrgebiet kam es zu Streiks vor allem der Bergarbeiter, nachdem im Herbst 1946 die Lebensmittelversorgung fast völlig zusammengebrochen war und die britische Militärregierung weitere Sonderschichten von den Kumpels verlangte.

Im November 1946 sprachen sich 89,9 Prozent der betroffenen Bergleute gegen Sonderschichten aus und machten ihre eventuelle Zustimmung von der Sozialisierung der Kohlengruben und der „Volkskontrolle über die Nahrungsmittelversorgung“ abhängig. In Düsseldorf und im Raum Essen kam es zu Streiks und Demonstrationen, im Februar 1947 streikten die Bergarbeiter in fast allen Industriestädten des Ruhrgebiets. In Wuppertal schlossen sich die Bauarbeiter in einem Solidaritätsstreik an. Im März reichten 95 Delegationen, gewählt von über 100 000 Bergarbeitern und Angestellten, im nordrhein-westfälischen Landtag einen Antrag ein mit der Forderung nach „entschädigungsloser Enteignung der kriegsverbrecherischen Kohlebarone an Rhein und Ruhr.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt - mit den Stimmen der SPD-Fraktion!

Die Antwort: eine enorme Streikwelle der Arbeiter im Ruhrgebiet. Höhepunkt dieser Streikwelle war ein zweitägiger Streik von 334.000 Arbeitern und Angestellten. Am ersten April gab es in Braunschweig sogar einen Generalstreik.

Unter diesen Umständen sah sich die britische Militärregierung gezwungen, die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich zuzulassen - natürlich aus politischem Kalkül, wie aus einem Bericht des britischen Kontrolloffiziers Harris Burland vom 11.7.47 hervorgeht. Er begründet hier die Notwendigkeit, „den Arbeitern und Gewerkschaften Anteil an der Verantwortung des Managements zu geben“ damit, daß diese Maßnahmen „auf lange Sicht bedeuten, Arbeiterunruhe in der Industrie zu verhindern“.

Das war das Zuckerbrot. Aber auch die Peitsche fehlte nicht. So gab Oberst Newman, der amerikanische Kommandant, über Rundfunk bekannt: „Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden; dabei spielt es keine Rolle, ob ihr Zweck ein politischer oder ein anderer sein möge. Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der Todesstrafe belegt werden können.“

Marshallplan

Trotz der Erfolge der Arbeiter schritt die Wiederherstellung und Festigung der Macht der Kapitalisten weiter fort. So wurde im Juni 1947 das „Europäische Hilfsprogramm“, besser bekannt als Marshallplan, verkündet. Hierbei handel-

te es sich um ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, das mit amerikanischen Hilfeleistungen durchgeführt werden sollte. Diese wurden allerdings nicht bedingungslos gegeben, wie aus der Direktive vom Juli 47 an General Clay, Chef der amerikanischen Zone, klar hervorging: „Während es zwar Ihre Pflicht ist, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, die Grundsätze und Vorteile einer freien Wirtschaft kennenzulernen, werden Sie in der Frage des öffentlichen Besitzes von Unternehmungen in Deutschland nur einschreiten, wenn es sich darum handelt, sicherzustellen, daß jegliche Entscheidungen für oder gegen das öffentliche Besitzverhältnis frei und durch normales Vorgehen innerhalb einer demokratischen Regierungsform getroffen wird.... Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Form und die Rechte der deutschen Zentralregierung dürfen sie keine Maßnahmen in Bezug auf ein öffentliches Besitzrecht billigen...“

Die Gewerkschaftsführung befürchtete zwar, daß die amerikanische Militärregierung die Kreditvergabe von der Preisgabe bzw. dem Aufschub einer Sozialisierung der Industrie abhängig machen würde. Dennoch entschloß sie sich, dem Marshallplan zuzustimmen.

Wirtschaftsrat

Zur selben Zeit, auch im Juni 47, wurde bizonal der Wirtschaftsrat gegründet. Er bestand aus 52 Abgeordneten und hatte das Recht, Anordnungen für die verschiedenen Wirtschaftsgebiete zu beschließen: allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzen, Ernährung, Landwirtschaft, Verkehr, Nachrichtenwesen. Allerdings mußten diese Anordnungen noch durch die Militärregierung gebilligt werden.

Die Zusammensetzung dieses Rates zeigt deutlich eine Stärkung der pro-kapitalistischen Elemente. Die bürgerlichen Parteien waren mit 29, SPD mit 20 und KPD mit 3 Abgeordneten vertreten.

Gleichzeitig wurde ein Exekutivrat gewählt, der aus je einem Vertreter jedes Landes bestand und von der Landesregierung ernannt wurde. Er sollte die Beschlüsse des Wirtschaftsrates ausführen und schlug die Direktoren für die einzelnen (Verwaltungs-) Ausschüsse vor, die die Funktion von Ministerien erfüllten. In diesem Gremium hatte die SPD die eindeutige Mehrheit. Allerdings überließ die SPD nach heftigen Auseinandersetzungen mit der CDU, zwischen Exekutivrat und Wirtschaftsrat, alle Direktorenposten der CDU.

Warum handelte die SPD-Führung so und gab damit dem bürgerlichen Lager freie Hand? Vielleicht findet sich eine Erklärung dafür beim 2. Parteitag der SPD nach Hitler, am 29. Juni 1947 in Nürnberg. In seinem Einleitungsreferat drückte Schumacher, damaliger Parteivorsitzender, seine Verachtung für die „Cliques eines längst überholten Wirtschaftssystems“ aus – andererseits begrüßte er den Marshallplan und die Einrichtung des Wirtschaftsrates.

Immer noch herrschte die Perspektive vor, der „Restkapitalismus“ (Schumacher) sei nicht überlebensfähig. Über Reformen, Verhandlungen und auf parlamentarischem Wege sollte ein „gerechteres“ System nach dem Muster einer parlamentarischen Demokratie erreicht werden, wobei weite Bereiche der Industrie verstaatlicht sein sollten.

Auf die Kraft der mobilisierten Arbeiterklasse sollte jedoch nicht zurückgegriffen werden – um ja die jeweilige Militärregierung nicht zu verärgern. Vor allem von der britischen Militärregierung wurde eher Unterstützung erwartet, regierte in Großbritannien doch die Labour Party (britische Arbeiterpartei).

Aber sowenig die Führung der Labour Party in Großbri-

tannien die Macht der Kapitalisten brach, verhinderte sie deren erneute Stärkung in der britisch besetzten Zone. Im Laufe des Jahres 47 war die britische Regierung immer weniger in der Lage, die Kosten der Besetzung zu tragen. Diese wurden dann von den amerikanischen Besatzern übernommen, was natürlich einen wachsenden Einfluß der USA in der britischen Zone zur Folge hatte.

Auch Anfang 1948 hatte sich an der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung noch nichts geändert. Anfang Januar beschließen die Gewerkschaften in Bayern, für den 23. Januar einen 24-stündigen Generalstreik auszurufen. Sie fordern die „restlose Erfassung der gesamten Erzeugung von Nahrungsmitteln unter Zugrundelegung eines den Bedürfnissen des Gesamtvolkes gerecht werdenden Erfassungssystems“ und strengere Bestrafung von Schiebern. Der Aufruf ist erfolgreich.

Auch in anderen Landesteilen gärt es, vor allem in Nordrhein-Westfalen. So schreibt die Gewerkschaftszeitung „Der Bund“ am 14.2.48: „Die Erregung der arbeitenden Bevölkerung über das völlige Versagen der Ernährungswirtschaft hat das Nordrhein- und Ruhrgebiet zu einem brodelnden Kessel gemacht. Die berechnete Empörung der Massen machte sich in gewaltigen Streiks und Demonstrationen in allen größeren Industriegebieten Luft. Teils flammten diese Aktionen spontan auf, zum Teil aber vollzogen sie sich aufgrund von Funktionsbeschlüssen und unter der Führung der örtlichen Gewerkschaften. Alle Streiks waren im voraus befristet und in der Regel auf die Dauer von 24 Stunden festgelegt.“

Der Druck auf die Gewerkschaftsführung, einen allgemeinen Generalstreik auszurufen, war so stark, daß Hans Böckler, Werner Hansen und Christian Felten auf einer Sitzung am 30. Januar alle Mühen hatten, ihn zu verhindern. Böckler sagte, nur „angesichts einer durchaus zum Bösen hinführenden Entwicklung“ wolle er die „auf Mitbestimmung in der Wirtschaft eingestellten Organisationen auf Wirtschaftskampf“ umstellen. Und das, obwohl General Clay ihm schon 1947 gesagt hatte, er sei Repräsentant einer Regierung des privaten Unternehmertums, man könne von ihm nicht verlangen, die Sozialisierung zu fördern. Die Entwicklung zum Bösen war also schon längst eingetreten.

Nur widerstrebend beugt sich eine Mehrheit der auf der Sitzung Anwesenden ihrer Führung.

Im Juni wurde erneut deutlich, in welche Richtung das Zusammenspiel von Unternehmerverbänden, Wirtschaftsverwaltung und Besatzungsmacht geht: Ein Abkömmling der konservativen Stahldynastie Reusch wurde vom Wirtschaftsrat in die Stahlkommission berufen. Sofort erhob sich Widerstand von Seiten der Arbeiter: In verschiedenen Orten sprachen sich in einer Urabstimmung 90 Prozent der Metaller für Streik aus, falls Reuschs Ernennung nicht zurückgenommen wird. Dieser wurde dann auch prompt zurückgezogen.

Währungsreform

Die Währungsreform im August 48 trieb die Arbeiter erneut massenhaft auf die Straße. Denn: Das Geld wurde zwar abgewertet, aber der Besitz an Grund und Boden, Produktionsmitteln oder gehorteten Waren wurde nicht miteinbezogen. Die Folge: Die Preise schossen in die Höhe, denn sowohl das Bewirtschaftungsgesetz als auch der bis dahin gültige Preisstopp wurden gelockert. Aber die Löhne stiegen nur um 15 Prozent, der Lohnstopp blieb weiterhin in Kraft (er galt von 1946 bis Dezember 1948!).

Zwar waren die Schaufenster plötzlich wieder voll der lange entbehrten Waren, aber die Lage der Arbeiter hatte sich

nicht verbessert. Sie antworteten mit großen Demonstrationen: In Frankfurt waren 50 000, in München 100 000, in Düsseldorf Zehntausende auf der Straße. Überall in NRW wurden Käuferstreiks gegen die Wucherpreise organisiert.

Als dann im Oktober Ludwig Erhard, damaliger Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, in einer Rede die Gewerkschaftsführung angriff, war dieser endlich bereit, Maßnahmen für einen Generalstreik einzuleiten. Auf einer Tagung des DGB-Beirats am 26. Oktober in Münster wurde zunächst ein 48-Stunden-Generalstreik in allen drei Westzonen gefordert. Damit aber waren die Gewerkschaftsführer der amerikanischen Zone nicht einverstanden. Sie forderten, die Dauer des Streikes auf 24 Stunden zu beschränken. Die Vertreter der französischen Zone schlossen sich der Streikforderung überhaupt nicht an.

Währenddessen kam es schon in mehreren Städten zu spontanen Demonstrationen gegen die Politik Ehrhards. In Stuttgart gingen dabei Schaufenster einiger Luxusläden zu Bruch; gegen Automobile, damals Symbole privaten Reichtums, wurden Steine geschleudert.

Generalstreik

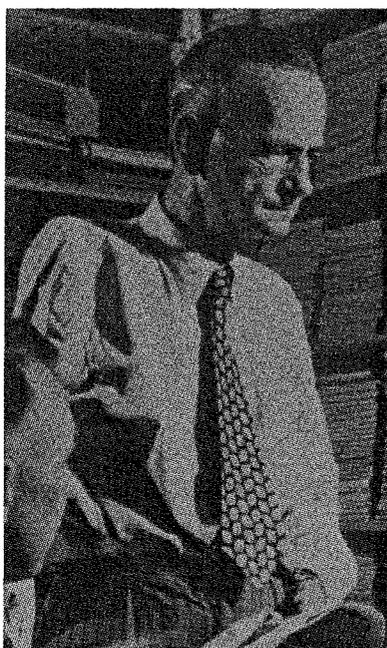
Die amerikanische Besatzungsmacht hatte Angst, vollends die Kontrolle zu verlieren und verhängte ein Ausgehverbot über die ganze Stadt. Die bürgerliche Presse fing ein großes

Lamento an über die „Diktatur von links“. Die Gewerkschaftsführung nahm diese „Vorfälle“ zum Anlaß, für den am 12.11. geplanten Generalstreik der Bizone alle „Kundgebungen, Versammlungen oder sonstigen Zusammenkünfte“ zu untersagen.

Auch wurde der Generalstreik nicht so genannt, sondern es war die Rede von „Arbeitsruhe“ oder „Demonstrationen des gewerkschaftlichen Willens“ – allerdings ohne Demonstrationen. Trotz alledem war die Resonanz auf den Aufruf überwältigend. In der Nacht vom 11. auf den 12. November schlugen Arbeiter-Klebe-Kolonnen überall Flugblätter an mit unter anderem folgenden Forderungen:

- Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr
- Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft
- Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung von Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Am Freitag, dem 12. November, standen alle Räder still. Hätte es eine machtvollere Demonstration des Willens der Bevölkerung für ein System der demokratischen Planwirtschaft geben können? Aber die Gewerkschaftsführung und die SPD-Führung griffen die enorme Kampfbereitschaft der Arbeiter, Frauen und Jugendlichen nicht auf und verspielten die Chance für ein vereinigtes, sozialistisches Deutschland. □



Kurt Schumacher, 1. Vorsitzender der SPD nach dem Krieg: „Der Sozialismus ist für



Besonders die Jahre 1946, 1947 und 1948 waren gekennzeichnet durch ständig aufflackernde Unruhen und Demonstrationen gegen Hunger und für Sozialisierung.

Ein Generalstreik in der deutschen Nachkriegsgeschichte? Gab es denn so etwas? Die meisten werden auf den 17. Juni 1953 tippen. Der damalige Massenstreik wurde ja erst vor einigen Monaten anlässlich seines 50. Jahrestages mit der Wucht von mehreren 100 Veranstaltungen dem Gedächtnis des Bürgers empfohlen. Die Medienoffensive war um die Botschaft bemüht, dass nicht nur in Berlin und einigen größeren Städten der DDR gestreikt wurde, sondern fast flächendeckend, von über 700 Orten war die Rede, von über einer Million Beteiligten.

Hier sei nun an einen anderen Streik erinnert. Am 12. November wird es 55 Jahre her sein, dass er stattfand – im Westen Deutschlands, genauer gesagt in der Bizone, dem Zusammenschluss von amerikanischer und britischer Besatzungszone. In der französischen wurde nicht gestreikt. Nicht, weil Arbeiter und Angestellten diesseits und jenseits des Oberrheins soviel von ihren Kollegen an Niederrhein, Isar oder Weser trennte, sondern weil es die Franzosen strikt verboten hatten. In der Bizone indessen belief sich die Teilnehmerzahl nach Gewerkschaftsangaben auf über neun Millionen Arbeitnehmer aus Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrswesen – 72 Prozent der 11,7 Millionen Beschäftigten dieses Gebietes. Gemessen daran hätte die 24-stündige Aktion vom 12. November 1948 die Bezeichnung Generalstreik durchaus verdient, doch selbst die auf Zonen- wie Landesebene organisierten Gewerkschaften »Bizoniens« – der DGB wurde erst im Oktober 1949 gegründet – vermieden dieses Wort. Stattdessen hatten die Gewerkschaften am 6. November zu einem »Demonstrationsstreik« aufgerufen, womit nicht gemeint war, dass Streikende in Demonstrationsszügen durch die Städte ziehen und ihre Forderungen – gegen Preistreiber der Unternehmer, für Lohnerhöhungen und mehr Wirtschaftsdemokratie – überall publik machen sollten. »Arbeitsruhe« – nicht mehr – war seitens der Gewerkschaftsführung erwünscht. Deren Vorsicht war dem Einspruch der Militärgouverneure der Bizone zu verdanken, die Streikaktionen nur unter der Bedingung genehmigen wollten, dass »keine Kundgebungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünfte am 12. November stattfinden«. Dahinter stand die Furcht vor Unruhen und eventuellen politischen Eruptionen, denn im Zentrum gewerkschaftlicher Kritik stand der einflussreichste Mann im Wirtschafts- und Verwaltungsrat der Westzonen, der – wenn man so will – Chef der westdeutschen Wirtschaftsregierung, Ludwig Erhard. Er hatte mit der Währungsreform vom Juni 1948 die Aufhebung jener Preiskontrollen durchgesetzt, deren Wiedereinführung Arbeiter und Angestellten nun forderten.

Mit eiserner Disziplin

Der Streik vom 12. November, ökonomisch verursacht und sozial begründet, war insofern von einiger politischer Brisanz. Es ging letztlich um das ab 1949 als »soziale Marktwirtschaft« bezeichnete Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der (späteren) Bundesrepublik. Die Besatzungsmächte begründeten ihre Restriktionen gegenüber den Gewerkschaftsführern natürlich nicht damit, auf Erhards freie Marktwirtschaft und nicht auf die Wirtschaftsdemokratie der Gewerkschaften setzen zu wollen, sondern verwiesen auf die »Stuttgarter Ereignisse«. Dabei war es am 28. Oktober 1948 nach Streiks und Protesten für Preisregulierung, Lohnerhöhung und Mitbestimmung zu schweren Unruhen gekommen, bei denen die US-Militärpolizei Tränengas und Panzer eingesetzt hatte. General Clay war äußerst nervös und hatte kurzzeitig ein Ausgehverbot für die Bewohner der ganzen Stadt verhängt.

Angesichts dieser »Vorfälle« – das leuchtete auch den kampftentschlossenen unter den Gewerkschaftsführern ein – müsse man auf

Jörg Roesler

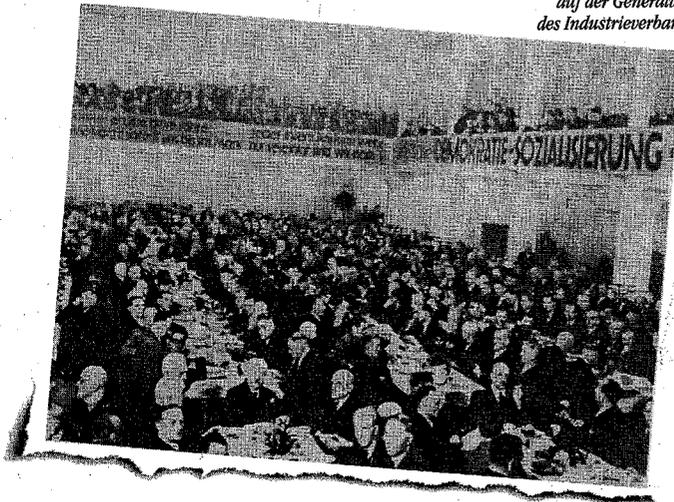
Ein Generalstreik, der keiner sein durfte

DIE BIZONE

AM 12. NOVEMBER 1948 ■

Vor 55 Jahren kam es zum

einzigsten »Demonstrationsstreik« in der (Vor-)Geschichte der Bundesrepublik



Sozialisierungsforderungen auf der Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau 1948 in Recklinghausen

Kundgebungen und Versammlungen verzichten. Es dürfe »zu keiner Überschreitung gerade dieses Teils der Anweisungen kommen«.

Und es kam nicht dazu. Die Streikenden hielten »eisern Disziplin«. »Es ging geordnet zu an jenem Freitag«, vermerkt Erhard-Biograph Volker Hentschel. »Aber gerade aus der Ordnung ergab sich ein gut Stück der demonstrativen Kraft des Widerstandes gegen die Preiserhöhung, gegen die Marktwirtschaft und auch gegen Ludwig Erhard.« Der überstand – mit den Besatzungsmächten im Rücken – bis Dezember 1948 mehrere Versuche, ihn abzusetzen. Genüsslich hat Erhard später über seine durch Aussitzen errungenen Siege in seinem Buch *Wohlstand für alle* (1957) berichtet: »Die Gewerkschaften verfügten ... einen eintägigen Generalstreik gegen die Fortführung der Marktwirtschaft. Sie wollten die Bewirtschaftung wiederhaben. Wir wollten das nicht. Also kam es auf die besseren Nerven an.«

In feiertäglicher Stille

Spätestens 1949, mit der Gründung der Bundesrepublik, ging dann in Westdeutschland alles seinen marktkapitalistischen Gang. Wenn die Gewerkschaften auch »mit Befriedigung den imposanten Verlauf« der Geschehnisse vom 12. November 1948 zur Kenntnis nahmen, so wurde das Streikziel doch eben nicht erreicht. »Ein Erfolg der Gewerkschaften hätte zur Vollbremsung der Restauration geführt. Der Weg in die Wirtschaftsdemokratie wäre frei gewesen«, schätzte Gerhard Beier, der einzige Chronist, den die Ereignisse vor 55 Jahren bisher gefunden haben, später ein.

Aufschlussreich ist, wie die bundesdeutsche Geschichtsschreibung mit jenem Tag umging. Als sich Historiker Anfang der sechziger Jahre der unmittelbaren Vorgeschichte ihres Staates zuwandten, fanden sie das Ereignis zwar erwähnenswert, etikettierten den Generalstreik jedoch als »eine Art Feiertagsstreik«, eine bewusste Verharmlosung, wenn dies auch nicht völlig aus der Luft gegriffen war, tatsächlich war der Streiktag aus den bekannten Gründen, wie Gerhard Beier vermerkt, »in feiertäglicher Stille« verlaufen.

Als nach 1970 linke Geschichtswissenschaftler zu mehr Einfluss kamen, beschreiben Wirtschaftshistoriker wie Gerold Ambrosius und Werner Abelshauser den 12. November 1948 durchaus als Generalstreik. Dieses Urteil ist bis heute, wenn auch mit Abstrichen – »Generalstreik ist ein großes Wort« (Erhard-Biograf Hentschel) – beibehalten worden, allein die bundesdeutsche Gewerkschaftsgeschichtsschreibung verweigert es weiterhin, von »Generalstreik« zu sprechen und beharrt auf dem seinerzeit von der Streikführung umständehalber gewählten Begriff »Demonstrationsstreik«, mit dem sich heute kaum noch etwas anfangen lässt.

Doch das sind Nuancen der Forschung, die Ereignisse des 12. November 1948 (immerhin handelte es sich um den größten Streik in Deutschland seit dem Kapputsch) ins historische Gedächtnis des Bundesvolkes dringen zu lassen, ist – ganz anders als im Falle des 17. Juni 1953 – nie versucht worden. Über die Gründe dafür, dass die damaligen Vorgänge »zu den verdrängten Komplexen der Sozialgeschichte der Bundesrepublik« gehören, schrieb Beier bereits 1975, was auch heute noch gilt: »Die einen haben es vergessen, weil es kein strahlender Sieg war. Die anderen mochten es nicht in Erinnerung behalten, weil es jenes Unrecht deutlich macht, das am Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs und der gesellschaftspolitischen Restauration stand.« Nur, warum sollte es nicht nützlich sein, sich auch der Kämpfe zu erinnern, die mit einer Niederlage endeten. Das betrifft nicht nur den 17. Juni 1953, sondern auch den 12. November 1948.

Professor Jörg Roesler ist Historiker und lebt in Berlin

Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948

Gegenüber dem allgemeinen Programm der Wirtschaftsdemokratie und im Vergleich zu den 38 Vorschlägen für die Landesverfassungen vertrat *Hans Böckler* in seinem Brief an *Konrad Adenauer* nur noch ein Minimalprogramm, sozusagen den »harten Kern« der gewerkschaftlichen Verfassungspläne. Dieses reduzierte Programm galt es unbedingt zu verwirklichen, wenn die Gewerkschaften künftig als verfassungsmäßige Ordnungsfaktoren und nicht nur als gesellschaftliche Gegenmacht erscheinen sollten. Um so mehr muß es überraschen, daß auch das reduzierte Verfassungsprogramm schließlich kaum einen Niederschlag im Grundgesetz fand. Diese Diskrepanz ist umso auffälliger, als nicht nur SPD und KPD, sondern auch CDU und Zentrum viele Forderungen der Gewerkschaften unterstützten.

In seiner Studie über »Konsensus und Interessen« bei der Entstehung des Grundgesetzes hat *Werner Sörgel* auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Ihn verwundert es, »mit welchem geringem Nachdruck« die Gewerkschaften selbst um die Erfüllung ihrer Forderungen »kämpften«^{87a}. *Volker Otto* – in seiner wichtigen Arbeit über »Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates« – erklärt den geringen Erfolg der Gewerkschaften mit ihrer organisatorischen Schwäche und ungenügenden personellen Vertretung in den Bonner Debatten um das Grundgesetz. Dazu gibt er den weiteren Hinweis, »die Waffe des politischen Streiks« wäre »angesichts der äußeren Not ungeschärft«^{87b} gewesen. Das ist nur insofern richtig, als die »Waffe des politischen Streiks« sich nicht als scharf genug erwies oder nicht mit der notwendigen Konzentration und Entschlossenheit eingesetzt wurde. Tatsächlich hat es in den entscheidenden Wochen jenen vergessenen politischen Generalstreik gegeben, der im internationalen Maßstab vielleicht gering, nach dem Maßstab deutscher Verhältnisse aber außergewöhnlich zu nennen ist. Es war seit der Kapp-Putsch-Abwehr und seit dem Ruhrkampf der erste große Ausstand, der überregional und gleichzeitig in allen Beschäftigungszweigen befolgt wurde. Als *offensiv* geführter, politisch begründeter Generalstreik war er der einzige größere Arbeitskampf dieser Art in der bisherigen deutschen Geschichte. Zwar wird dieser sogenannte »Demonstrationsstreik« vom 12. November in der bizonalen Geschichtsschreibung der Familie *Pünder* auf ein unkenntliches Maß zurückgeschnitten⁸⁸, zwar wird er von *Theodor Pirker* als eine Art »Feiertagsstreik« ironisiert⁸⁹. Aber gerade die vielfältigen Formen der Verdrängung, Verharmlosung und Ignoranz machen es notwendig, diesen Arbeitskampf im Zusammenhang der parlamentarischen und ökonomischen Entwicklung näher zu betrachten.

Die horrenden Preissteigerungen nach der Währungsreform und der andauernde Lohnstopp hatten im Spätsommer 1948 zu wachsenden sozialen Spannungen mit klassenkämpferischen Akzenten geführt. Der spätere Bundesarbeitsminister *Anton Storch* (CDU) sprach von einer »furchtbaren Teuerungswelle«⁹⁰. Der DGB nannte die Entwicklung einen »Preisskandal«⁹¹. Gleichzeitig hatte der Währungsschnitt die Gewerkschaften finanziell mattgesetzt. Die 11 Millionen Barvermögen des Gewerkschaftsbundes wurden auf 1,1 Millionen DM abgewertet und davon durfte nur die Hälfte abgehoben werden. Das reichte kaum aus, um die laufenden Ausgaben zu decken, geschweige denn, um Streiks

zu finanzieren⁹². Während der Gewerkschaftsrat in dieser Lage noch zögerte, den sozialen Unmut und die gereizte Stimmung der Massen in gewerkschaftspolitische Strategie umzuformen, stießen seine wirtschaftsdemokratischen Pläne auf wachsenden Widerstand in der Frankfurter »Verwaltung für Wirtschaft« wie bei der amerikanischen Militärregierung.

Schon kurz vor der Währungsreform hatte der »Fall *Reusch*« die wachsenden »kapitalistischen Restaurierungsbestrebungen« signalisiert. Als *Hermann Reusch*, der Abkömmling einer konservativen Stahldynastie, vom Frankfurter Wirtschaftsrat in die neue »Stahlkommission« berufen wurde, schritten die »Metaller« an verschiedenen Orten zur Urabstimmung. Nach Ergebnissen bis über 90% gegen *Reusch* lenkte der Wirtschaftsrat ein und zog die Ernennung zurück⁹³. Aber mit diesem personellen Erfolg war das strukturelle Problem nicht gelöst.

Es ging vor allem um die paritätische Besetzung der sogenannten »fachlichen Wirtschaftsstellen«⁹⁴, um branchenspezifische Selbstverwaltungsorgane, in denen die Ein- und Ausfuhr sowie die Rohstoffversorgung geregelt werden sollten. Die Art ihrer Besetzung wurde als Weichenstellung für eine Entwicklung zur Wirtschaftsdemokratie betrachtet. Dabei mehrten sich die Anzeichen für ein schwer durchschaubares Zusammenspiel von Unternehmerverbänden, Wirtschaftsverwaltung und Besatzungsmacht gegen die paritätische Konzeption der Gewerkschaften, die vom Wirtschaftsrat zunächst unterstützt worden war⁹⁵. Aus einer unparitätischen Lösung – wie sie nun zu befürchten war – konnten den Industriegruppen nahezu trustartige Vollmachten über die betreffenden Wirtschaftszweige⁹⁶ erwachsen. In einem vertraulichen Rundschreiben warnte *Ludwig Rosenberg* nachdrücklich vor dieser Entwicklung. Gleichzeitig nahm er Verbindung zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in SPD- und CDU-Fraktion auf, um die paritätische Konzeption zu retten.

Während die Gewerkschaften sich dergestalt um eine parlamentarische Lösung bemühten, leistete *Ludwig Erhard* sich einen rhetorischen Ausfall, wie ihn die Gewerkschaftsführer seit *Goebbels* Tagen⁹⁷ nicht mehr erlebt hatten: »Aus dem hysterischen Gekeife der Kollektivistinnen aller Sorten«, so meinte der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, »spreche nur die »schlotternde Angst«, daß sich das Volk der Fessel der »geistigen Bevormundung und Tyrannei« einer »ebenso machthungrigen wie seelenlosen Bürokratie und Bonzokratie« entziehen könnte.«⁹⁸ *Erhard* entschuldigte sich später für seine Fehlleistung mit dem rabiatischen Auftreten von Demonstranten. Aber die Stoßrichtung seiner Angriffe ließ sich nicht mehr vertuschen. Die gewerkschaftsfeindliche Einstellung war allzu deutlich geworden.

Das bedeutete das Signal zum Kampf. Als der Beirat des DGB der britischen Zone am 26. Oktober in Münster in Westfalen zusammentrat, beauftragte er den Bundesvorstand, »sofort energische Maßnahmen vorzubereiten, um eine Änderung der gegenwärtigen unhaltbaren Lage herbeizuführen.«⁹⁹ Zunächst war an einen 48-stündigen Streik in allen drei Westzonen gedacht. Mit Rücksicht auf die weichere Haltung der Gewerkschaften in der amerikanischen Zone verkürzte der Gewerkschaftsrat die Streikdauer auf 24 Stunden. Die französische Zone blieb ausgespart. Auch so schien der Sturz *Ludwig Erhards* gewiß, wenn die Besatzungsmächte ihn nicht halten würden.

Aber noch bevor der Streik unwiderruflich beschlossene Sache war, wurde ihm durch General *Clay* die politische Spitze gebrochen. Bei einer Demonstration in Stuttgart, die gegen die *Erhardsche* Preispolitik gerichtet war, kam es zu Unruhen. Jugendliche Randalierer – oder waren es Provokateure? – nutzten die Gelegenheit zu Ausschreitungen. Die Schaufenster einiger Luxusgeschäfte gingen zu Bruch. Es kam zu Steinwürfen gegen Autos – seinerzeit Symbole privaten Reichtums. Eins wurde umgestürzt. Die amerikanische Besatzung fühlte sich bedroht. Übereifrig

verhängte General *Clay* ein Ausgehverbot für die Bewohner der ganzen Stadt. Ein Redner, dessen aufreizende Worte gegen die Militärregierung gerichtet waren, wurde zum General zitiert und verwarnt. *Clays* Maßnahmen hatten »Strafcharakter«, wie er in seinen Memoiren feststellte¹⁰⁰. Sein hartes Durchgreifen sorgte für gedrückte Stimmung. Er hatte den Gewerkschaften gleichsam »den Donner gestohlen«.

Das Lamento der bürgerlichen Presse hob an, bevor der eigentliche Generalstreik in Szene gesetzt war. Die Frankfurter »Abendpost« sah bereits den Weg in eine »Diktatur von links« vorgezeichnet¹⁰¹. Das Spiel mit dem Bürgerschreck konnte anheben. Der Beginn des »Blockadewinters« ließ die kommunistische Gefahr übergroß erscheinen. Zu allem Überfluß schickte *Herbert Warnke*, der Nachfolger *Jendretzkys* an der Spitze des FDGB der Sowjetzone, ein Sympathietelegramm an *Hans Böckler*, das den alliierten Stellen bekannt wurde, bevor es auf den Schreibtisch des DGB-Vorsitzenden gelangen konnte. Darin hieß es: »Wir schätzen die Lage äußerst ernst ein und sind nach reiflicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß es einer Pflichtverschämung gleichkäme, würden wir Euch nicht wissen lassen, daß wir zu jeder Zeit und Stunde bereit sind, mit Euch zu beraten, wie wir unter Einsatz aller 9 Millionen (!) Gewerkschaftler kraftvoll und siegreich den sich steigernden Angriffen der Reaktion begegnen können.«¹⁰² Sehr aufmerksam bemühte sich gleichzeitig *Vincent Tewson* vom britischen TUC um die weitere anti-kommunistische Orientierung der westdeutschen Gewerkschaften¹⁰³.

Obwohl die Gewerkschaften sich umgehend und gehorsamt von den Stuttgarter Vorfällen distanziert hatten¹⁰⁴, mußten sie dennoch die Anordnung treffen, »daß keine Kundgebungen, Versammlungen oder sonstigen Zusammenkünfte während der Arbeitsruhe stattfinden« würden¹⁰⁵. Nachdem der Generalstreik bereits schamhaft als bloße »Arbeitsruhe« und »Demonstration des gewerkschaftlichen Willens«¹⁰⁶ umschrieben worden war, wurde ihm auch das äußere Bild einer echten Demonstration genommen. Es sollte ein Demonstrationsstreik ohne Demonstrationen werden. Revolutionsfeiern waren ausgeschlossen.

Als bedeutete das noch nicht genug, wurden die Führer des Gewerkschaftsrates schließlich zu einer speziellen Unterredung in das britische Hauptquartier nach Melle in Westfalen eingeflogen. Im Privathaus des britischen Militärgouverneurs, *Sir Brian Robertson*, trafen sie am 8. November mit den höchsten Autoritäten der Militärregierung zusammen. Ein Kompromiß wäre den Gouverneuren *Clay* und *Robertson* wichtig gewesen, um Risiken zu vermeiden und kein unliebsames Aufsehen in der Weltöffentlichkeit zu erregen. Allein der gefürchtete Starrsinn, mit dem *Hans Böckler* Grenzsituationen durchstehen konnte, ließ den Gewerkschaftsrat nicht weich werden.¹⁰⁷

Freilich konnte die entscheidende solidarische Kraft nur aus dem Rückhalt der Organisationen im Lande kommen. Ausschlaggebend war die Haltung der Gewerkschaftsmitglieder in Nordrhein-Westfalen. Am 7. November trafen Vertreter der Orts- und Kreisausschüsse in der Düsseldorfer Rheinhalle zusammen. *Werner Hansen* schilderte den Stand der Verhandlungen und bezeichnete alle Bemühungen als vergeblich. Aus den Reden Professor *Erhards* klinge eine Mißachtung, die schon aus Gründen der Selbstachtung zwingt, eine deutlichere Sprache zu reden. Der Verlauf des geplanten Streiks werde der Arbeiterbewegung »entweder einen entscheidenden Sieg oder eine große Niederlage bringen«¹⁰⁸.

Nach einer langen Aussprache gelangte die Konferenz auf Antrag *Christian Fettes* zu dem »Gelöbnis, den Beschluß des Gewerkschaftsrates zu verwirklichen und dafür Sorge zu tragen, daß am 12. November 1948 von 0 bis 24 Uhr sämtliche Betriebe stillliegen«¹⁰⁹. Mit *Werner Hansen*, *Christian Fette* und *Hans*

Böckler standen nun jene Gewerkschaftsführer in vorderster Kampffront, die noch am 30. Januar 1948 gemeinsam abgewiegt hatten. Der Verlauf des Jahres 1948 hatte sie von der Notwendigkeit des »Wirtschaftskampfes« überzeugt.

Als letzte Instanz tagte der Bundesvorstand des DGB der britischen Zone am Abend des 8. November in Düsseldorf. Als *Hans Böckler*, *Matthias Föcher* und *Hans vom Hoff* gegen 20 Uhr noch immer nicht aus Melle zurückgekehrt waren, machte sich eine beklemmende Stimmung breit. Schließlich mußte in dieser Nacht endgültig entschieden werden, andernfalls würde der Zeitplan platzen. Der streitbare Fabrikarbeiterführer *Albin Karl* ergriff das Wort. Er hatte auch früher keine Skrupel gekannt, die Gewerkschaften als Kampfverbände einzusetzen. Vor wenigen Tagen hatte er dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft einen geharnischten Brief geschickt, in dem es hieß: »Es wird gefährlich, Herr Professor *Erhard!*« Durch dieses Schreiben, das Schlagzeilen machte, schilderte *Albin Karl* jenen gesellschaftlichen Prozeß, in dem wirtschaftliche Hochspannung und politische Enttäuschung ein zunehmend explosives Gemisch bildeten. Er sah ein Stadium erreicht, in dem die Gewerkschaften »mit geballter Kraft den Kampf aufnehmen« mußten¹¹⁰.

In der Vorstandssitzung referierte *Karl* nochmals den Ablauf der letzten Tage. Aber es wollte keine Zuversicht aufkommen. Die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften beklagten sich über organisatorische Fehler, über Zeitnot und Mangel an Informationen. Der polternde IG-Metall-Vorsitzende *Walter Freitag* drohte mit einer Sondersitzung, um den geschäftsführenden Vorstand zur Rechenschaft zu ziehen¹¹¹.

Da endlich, gegen 21 Uhr, erschien *Hans Böckler*. Er berichtete erleichtert, »daß die beiden Militärregierungen gegen die geplante Arbeitsruhe keinen Einspruch erheben würden, da die Demonstration gewerkschaftlichen und keinen politischen Charakter habe und eine deutsche Angelegenheit sei«¹¹². Das war eine diplomatische Sprachregelung, die beiden Seiten erlaubte, ihr Gesicht zu wahren. *Hans Böckler* meinte, die Besprechung habe keine neue Situation geschaffen. Der Bundesvorstand bekräftigte deshalb den Kampfbeschuß und bestätigte den Streikaufruf:

Die Gewerkschaften fordern:

1. Die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notstandes.
2. Zur Überwindung dieses Notstandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen:
 - a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten;
 - b) Erlaß eines dem Notstand angepaßten Preis-, Kontroll- und Wuchergesetzes;
 - c) erweiterte Vollmacht und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und illegalem Warenhandel;
 - d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notstand in einem besonderen Verfahren.
3. Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das dem Verhältnis zwischen vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird.
4. Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer.
5. Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden.
6. Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor.
7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr.
8. Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft.
9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze.¹¹³

Wer die ersten Punkte des Streikaufrufs überfliegt, wird darin zunächst wirtschaftliche Forderungen finden, die durch ihren ordnungspolitischen Rigorismus auffallen. Demgegenüber fehlen jegliche Lohnforderungen. Das lohnpolitische Programm des DGB in dieser Aufbauphase hieß »Lohnverzicht«. Aus dieser Haltung heraus fühlte der DGB sich aber zu größeren politischen Forderungen legitimiert.

Spätestens vom 4. Punkte an wurde der Aufruf politisch, denn es ging um nichts anderes als eine Steuer- und Finanzreform. Der folgende Punkt 5 zielte auf eine grundlegende Korrektur der Währungsreform, die den Sachwertbesitz einseitig bevorzugt hatte. Die Punkte 6 und 7 forderten die Erhaltung und den Ausbau planwirtschaftlicher Elemente. Schließlich enthielt Punkt 9 das Programm der Wirtschaftsdemokratie. Punkt 10 bedeutete die Zurückweisung aller gegen die Wirtschaftsdemokratie gerichteten Maßnahmen der Militärregierung. In dieser indirekten Form war das Zehnpunkteprogramm nicht zuletzt ein Angriff auf die Politik *General Clays*. Ein Erfolg der Gewerkschaften hätte zur Vollbremsung der Restauration geführt. Der Weg in die Wirtschaftsdemokratie wäre frei gewesen.

Wer sich darüber hinaus vom politischen Charakter des Streiks überzeugen wollte, mochte das in einem vielbeachteten Grundsatzartikel nachlesen, den *Hans Böckler* am Vorabend des Ausstandes in der »Neuen Zeitung« veröffentlichte. »Die Gewerkschaften«, so schrieb er, »könnten sich darauf beschränken, in einer Kette von Lohnkämpfen den steigenden Preisen nachzujagen, um den Werktätigen einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Sie würden damit ebenso von den Freiheiten einer ungebundenen Marktwirtschaft und von dem Faustrecht Gebrauch machen, wie es Unternehmer und Kaufleute, neuerdings auch die Bauern, selbstverständlich tun.« Aber *Böckler* fuhr fort: »Wenn die Gewerkschaften in dieser Hinsicht Maß zu halten versuchen, so geschieht dies aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen. Sie halten eine aufeinander abgestimmte Lohn-, Preis- und Produktionspolitik für erforderlich, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstand zu überwinden, der durch die hemmungslose Verfolgung von Sonderinteressen hervorgerufen wurde. Freilich können die Gewerkschaften diese wirtschaftspolitische Linie nur verantworten, wenn ihnen eine reale Mitwirkung an der Steuerung der Wirtschaft eingeräumt wird. Mitverantwortung setzt Mitbestimmung voraus.«¹¹⁴

Zwar verlautete in Ostberlin, »das Verlangen auf Inkraftsetzung des Gesetzes für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus und des Rechtes auf gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft« hätte auf Verlangen der Generäle *Clay* und *Bishop* aus dem Zehnpunkteprogramm der Gewerkschaften »gestrichen«¹¹⁵ werden müssen. Aber als in der Nacht zum 12. November die Klebekolonnen der Arbeiter auszogen, um an den Fassaden der ausgebrannten Häuserzeilen in den großen Städten ihre Botschaft anzuschlagen, da trugen die Plakate und Flugblätter den ungekürzten Wortlaut¹¹⁶.

Der Streiktag, ein dunkler Freitag im November, verlief in feiertäglicher Stille. Wenngleich die Eisenbahner und Teile des öffentlichen Dienstes sich nicht beteiligten, ruhte die Arbeit in den Betrieben fast hundertprozentig. Die technische Organisation des Generalstreiks funktionierte ausgezeichnet. Durch Weisungen vom 6. November¹¹⁷ waren die Notdienste im öffentlichen Sektor eindeutig geregelt. Ausgenommen von der Arbeitsruhe blieben demnach

- das gesamte Gesundheitswesen;
- lebensnotwendige Sicherheits- und Bereitschaftsdienste sowie die Polizei;

- ein Notdienst in der Landwirtschaft und zur Erhaltung verderblicher Güter;

- Gas, Wasser und Strom für das Gesundheitswesen und für einen eingeschränkten privaten Bedarf;

- Arbeiten zur Versorgung Berlins und jeder notwendige Dienst für den ausschließlichen Bedarf der Militärregierung.

Nach Feststellungen des bizonalen Gewerkschaftssekretariates sind von insgesamt 11,7 Millionen Beschäftigten in der Doppelzone rund 9 250 000 in den Ausstand getreten¹¹⁸. Deutlicher ließ sich eine »volonté générale« unter den gegebenen Umständen schwerlich zum Ausdruck bringen. Die Beteiligung am Streik kam einem Plebiszit nahe, vergleichbar der Volksabstimmung in Hessen, bei der sich 71,9% der gültigen Stimmen für den Sozialisierungsartikel der Landesverfassung ausgesprochen hatten¹¹⁹. Ein Vergleich mit den Streikausfalltagen, die sich in den Jahren 1949 bis 1968, also in den folgenden zwanzig Jahren ergeben haben, zeigt noch deutlicher den exzeptionellen Rang des Streiks vom 12. November 1948:¹²⁰

Jahr	Beteiligte Arbeitskräfte	Ausfalltage
1949	104 843	643 905
1950	247 245	407 703
1951	178 128	1 652 081
1952	265 995	517 630
1953	51 235	1 564 404
1954	113 773	1 594 251
1955	619 391	878 444
1956	53 020	1 579 966
1957	47 487	1 075 474
1958	207 059	782 929
1959	23 010	65 233
1960	18 551	38 905
1961	25 656	67 875
1962	83 045	457 262
1963	316 796	1 850 245
1964	13 726	20 094
1965	7 593	65 427
1966	304 425	36 688
1967	99 641	429 601
1968	57 151	47 480
20 Jahre	2 837 770	13 775 597
1948, 12. Nov.	9 250 000	9 250 000

Tatsächlich haben am Generalstreik mehr als dreimal so viele Arbeitskräfte teilgenommen als an allen Streiks der folgenden zwanzig Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Vergleich der Ausfalltage zeigt, daß auch in den stärksten Streikjahren nach 1948 keine vergleichbaren Größen erreicht wurden. Allein die Summe der Ausfalltage aus zwanzig Jahren übersteigt die Zahl der Ausfalltage, die am 12. November 1948 anfielen.

Trotz so massenhafter Unterstützung blieb ein angemessener politischer Erfolg der Streikenden aus. *Walter Dirks* meinte in einer Nachbetrachtung, der Streik wäre »ganz gewiß überstürzt und psychologisch zu wenig vorbereitet« gewesen¹²¹. In der Tat blieb das Presseecho zurückhaltend und skeptisch¹²². Aber es reicht gewiß nicht aus, den politischen Mißerfolg eines organisatorisch so gelungenen Wirtschaftskampfes nur sozialpsychologisch zu erklären. Vielmehr fällt bei einer historischen Analyse auf, daß zur Zeit des Generalstreiks kein einziges parlamentarisches Gremium in der Lage war, das Zehnpunkteprogramm der Gewerkschaften in entsprechende Beschlüsse umzuwandeln, die eine souveräne Regierung gebunden hätten. Die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Macht in politische Macht litt unter der mangelnden Souveränität und unter der Zersplitterung der Parlamente.

Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. 11. 1948, Europäische Verlagsanstalt

Vom landesweiten Generalstreik am 3.2.48
über einen lokalen Streik am 28.10. in
Stuttgart bis zum Generalstreik am 12. Nov. 48
Caus: Arbeiterbewegung u. Wiederaufbau, Stuttgart 1945-49

Februar 1948. Generalstreik

Nachdem sich die Ernährungslage im Sommer 1947 aus saisonalen Gründen vorübergehend gebessert hat, verschärfte sich die Situation im Winter 1947/48 zusehends. Gleichzeitig werden immer mehr Schieberereien und illegale Warenlager entdeckt.

Die Arbeiter reagieren mit Empörung. Der Betriebsrat der Firma Mailänder verlangt am 13. Januar 1948 gemeinsame Aktionen der Gewerkschaft und der Arbeiterparteien.

In zahlreichen Betrieben finden Betriebsversammlungen statt.

Am 27. Januar 1948 tritt die Stuttgarter Betriebsräteversammlung im Zirkus Althoff zusammen. Die Stuttgarter Zeitung berichtet von tumultartigen Szenen, als Ernährungsminister Stooß die Kürzungen der Rationen verteidigt und das Bundesvorstandsmitglied Kleinknecht den Beschluß der Zonenkonferenz gegen Streiks vertreten will.

„Aber die Betriebsräte wollten nichts mehr wissen von Abwarten und vorbehaltenen Maßnahmen.“

Am 29. Januar schließlich ruft der Bundesvorstand zu einem 24stündigen Generalstreik auf.

Auch die Militärregierung und Landesregierung geben ihren Widerstand auf und äußern Verständnis für den Streik.

Am 3. Februar stehen in Stuttgart und im ganzen Land die Räder still. Selbst die Besitzer kleiner Betriebe und große Teile des Einzelhandels beteiligen sich am Protest gegen die schlechte Ernährungssituation und gegen Schiebergeschäfte.

Zum ersten Mal nach dem Kriege verleihen die Arbeiter und die gesamte werktätige Bevölkerung ihren wirtschaftspolitischen Forderungen mit einem Generalstreik Ausdruck.

In Stuttgart spricht der Ministerialrat im Arbeitsministerium David Stetter auf einer Kundgebung der Gewerkschaften und verlangt eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

Kollege Kleinknecht teilt für den Gewerkschaftsbund der Presse mit, die Gewerkschaft sei keineswegs mit dieser einmaligen Protestaktion zufrieden, sondern sie stünde erst jetzt vor ihrer Hauptaufgabe.

„Sollte auch diese Protestaktion ohne jeglichen Erfolg bleiben und sollte nicht alles menschenmögliche zur Behebung der Krise getan werden, so sehe sich der Gewerkschaftsbund gezwungen, seine Mitglieder zu noch schärferen Maßnahmen als es dieser Proteststreik war aufzurufen.“

Der Generalstreik hatte einige Verbesserungen für die Arbeiter erkämpft:

Im März wurde die Fettration erhöht. Im April genehmigte die Militärregierung einen Spielraum für Lohn-erhöhungen bis zu 15%. Tatsächlich konnten die Gewerkschaften in den folgenden Monaten 22 neue Tarifverträge verabschieden.

An der prinzipiellen Situation der Bevölkerung aber hatte sich nichts geändert.

Die Kampfbereitschaft und Empörung der Arbeiter fand ihren Ausdruck im Kampf um die tägliche Existenz. Der Druck jedoch für eine prinzipielle Umorientierung der Wirtschaftspolitik trat in den Hintergrund. Im Mai flammten die Proteste noch einmal auf. Wieder sollten die Rationen gekürzt werden. Der Gewerkschaftsbund schreibt in der Stuttgarter Zeitung:

„Die allgemeine Unzufriedenheit, die durch die ungerechte Behandlung der arbeitenden Bevölkerung entstanden ist, ist bis zur Siedehitze gestiegen. ... Auf dem legalen Wege ist für den Normalverbraucher fast nichts mehr zu erhalten. Durch diese chaotischen Zustände schwindet das Vertrauen zur Regierung und zum Staat von Tag zu Tag. Durchgreifende Maßnahmen sind unbedingt erforderlich, um zu einigermaßen geordneten Verhältnissen zu kommen. ... solidarisches Handeln ist dringende Notwendigkeit!“ (2)



Auf der Betriebsräte-Vollversammlung am 27.1.1948 forderten die Gewerkschafter Aktionen.

An alle Arbeitnehmer in Württemberg-Baden

Vorstand, Beirat und die Vorsitzenden der Ortsausschüsse des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden haben nach eingehender Beratung beschlossen, die Arbeitnehmer zu einer

Protestaktion

Dienstag, dem 3. Februar 1948 von 0-24 Uhr

Ausgenommen von der Arbeitseinstellung sind: Krankenhäuser, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und solche Betriebe, deren Stilllegung den Verlust von Lebensmitteln nach sich zieht. Ferner müssen der lebensnotwendige Verkehr der Reichsbahn und der Betrieb des Fernmeldewesens aufrechterhalten werden. Die näheren Einzelheiten haben die zuständigen Industrieverbände zu treffen.

Mit diesen Ausnahmen soll nicht etwa ausgesprochen werden, daß die Arbeitnehmer dieser Betriebe und Geschäftszweige nicht ebenso Grund hätten, gegen die unzureichende Ernährung, gegen die Schiebung und gegen ihre Benachteiligung auf allen Lebensgebieten zu protestieren. Diese Ausnahmen sind aber notwendig, um Leben und Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Warum diese Protestaktion?

Obwohl allen einsichtigen und klar denkenden Menschen bekannt ist, daß mit Arbeitseinstellungen oder Streiks unmittelbar weder ein Gramm Fett, noch ein Pfund Kartoffeln, noch ein Stück Brot, noch ein Stück Fleisch geschaffen oder bereitgestellt werden können, wurde trotzdem diese Protestaktion beschlossen. Es müssen also noch andere Gründe vorliegen, und das ist auch der Fall.

Unsere Protestaktion richtet sich nicht nur gegen die geplante und bereits angeordnete Kürzung der Fettration, sondern gegen den ungleich gedeckten Tisch. Es ist falsch, wenn gesagt wird, das ganze deutsche Volk hungert. Es gibt Kreise unseres Volkes, die die Not noch nicht zu spüren bekommen haben. Das sind die Schieber, Schwarz- und Schleichhändler sowie die große Zahl derjenigen, die durch Kompensationen in der Lage sind, sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Hungern tun allein die ehrlich und ansfündig denkenden Menschen, die Tag für Tag zur Arbeit gehen und brav ihre Pflicht erfüllen. Sie haben weder Zeit noch Geld und auch keine Tauschobjekte, um ihre kargen Zuteilungsrationen zu verbessern.

Die Auswirkungen der Hungerrationen sind deutlich sichtbar; Bleiche, eingefallene Gesichter und eine erschreckend starke Ausbreitung der Tuberkulose.

Wir fordern eine grundlegende Reform des Zulagewesens. Das heutige Unrecht gegenüber den Angestellten und Beamten muß beseitigt werden. Wir fordern daher die Einführung der Beschäftigtenkarte.

Wir verlangen, daß die Erfassung- und Bewirtschaftungsvorschriften nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern in Wirklichkeit umgesetzt werden. Diese Forderung gilt für alle Länder der Bizone. Kein Land hat das Recht, in dieser Notzeit für sich Sonderprivilegien zu beanspruchen.

Wir fordern, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse rechtzeitig und restlos erfaßt und gerecht an die Bevölkerung verteilt werden. Die Arbeitnehmerschaft weiß um die schwierige Lage der Bauern. Sie will wissen, warum die Bauern keine Graben aufreißen. Sie muß aber verlangen, daß auch jeder Bauer seine volle Pflicht gegenüber der hungernden Stadtbevölkerung erfüllt.

Wer aus egoistischen, gewinnstüchtigen Gründen Sonderinteressen für sich in Anspruch nimmt, muß rasch und drakonisch bestraft werden. Geldstrafen genügen nicht. Die Wegnahme von Besitz und Vermögen, Schließung des Unternehmens und Einweisung in ein Arbeitslager sind unsere Forderungen. Das Vertrauen zur Regierung und zur Autorität von Gesetz und Staat muß verloren gehen, wenn die Justiz auch weiterhin so lendenlarm arbeitet.

Das Volk fordert für Verbrechen an der Volksgesundheit harte Urteile. Was ist mit dem Fall Dabke? Der Mann hat große Mengen Butter verschoben. Seit Wochen ist dies bekannt. Wo bleibt das Urteil?

Was ist mit dem Fall Reustle, Heilbronn? Dieser Großschieber hat durch Kompensation von Butter und Käse sich eine Villa erbaut. Warum ist sein ergaunertes Vermögen noch nicht weggenommen? Warum ist das Geschäft noch nicht geschlossen? Wann soll der Mann abgeurteilt werden?

Noch viele solcher Fälle könnten aufgezählt werden. Wir erinnern nur noch an die Milch- und Butterschiebungen in Ludwigsburg, Stuttgart und in anderen Orten.

Unsere planlose, auf Gewinnsucht eingestellte Wirtschaft muß durch eine geplante und gelenkte Wirtschaft ersetzt werden. In einer solchen Wirtschaft wird es unmöglich sein, daß Rauch- und Blumenische hergestellert werden, wenn Hunderttausende von Ausgebombten und Neubürgern noch ohne Bettstelle, Schrank, Tisch und Stuhl sind.

In unserer Notzeit darf es für Industrie und Handel keine Flucht in die Sachwerte geben. Überhöhte Lagerbestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten müssen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Der Weg vom Produzenten zum Verbraucher muß kurz und flüssig sein.

Die Ausschüsse der neu angeordneten Kontrolle der gewerblichen Wirtschaft müssen ebenso wie die Kontrollausschüsse der Landwirtschaft das Beschlagnahmerecht erhalten, wenn überhöhte Lagerbestände oder Schieberwaren festgestellt werden. Wenn dieses Recht versagt bleibt, ist dem Verschwinden und Verschieben gehorteter Waren Tür und Tor geöffnet.

Wie das Bizonale Wirtschaftsamt versagt, dafür nur ein Beispiel: Im Kreis Heidenheim lagern 350 000 Glühlampen. Die Lagerräume sind vollgepfropft. Der Fabrikant verlangt von „Frankfurt“ Versandanweisung. Dem Verlangen wird nicht stattgegeben. Das Wirtschaftsamt ist sich über die Verteilung noch nicht einig. Die Glühlampen bleiben also weiter auf Lager liegen, und das zu einer Zeit, wo Tausende von Familien in der Küche, im Schlafzimmer und auch im Wohnzimmer ohne Beleuchtung sein müssen, weil es an Glühlampen fehlt.

Arbeitnehmer müssen der Arbeit fernbleiben, weil sie keine Schuhe haben. Hunderttausende von Schuhen liegen in Fabriken und in den Lagern der Groß- und Kleinhändler. In Weinheim kann eine Turnhalle nicht benutzt werden, weil dort ein Schuhhändler 100 000 Paar Schuhe eingelagert hat.

Die aufgezeigten und noch viele andere Mißstände sind es, gegen die sich unsere Protestaktion richtet.

Stuttgart, den 29. Januar 1948.

Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden

Bundesvorstand

- Engelhardt; Kleinkecht; Rueß; Bender (Bau, Steine, Erden); Mayer (Chemie, Glas, Keramik); Strobel (Druck und Papier); Barth (Holz); Brümmer (Metall); Rempel (Nahrung und Genuß); Mittwich (Schuh und Leder); Pöhlmann (Textil und Bekleidung); Arnold (Land und Forst); Huber (Gesamtverband); Hatje (Eisenbahner); Müller (Bühnengewerkschaft); Jost (Musikerverband); Ehrhardt (Angestelltenverband); Gantler (Post- und Fernmeldewesen).

Unsere Protestaktion soll ein Warnungssignal sowohl für die Bewirtschaftungsbehörden als auch für die Regierung sein. Das Versagen der meisten Bewirtschaftungsbehörden bis hinauf zu den bizonalen Ämtern ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie von Personen geleitet werden, die für diese Ämter unfähig oder sogar ausgesprochene Feinde des aufzubauenden demokratischen Staates sind. Die Arbeiterschaft ist empört, daß insbesondere in den bizonalen Ämtern zahlreiche hohe Beamte sitzen, deren Tätigkeit im Nazireich mit zu dem heutigen Elend beigetragen hat.

Die Erregung in der Arbeiterschaft ist bis zur Steilheit gestiegen. Die Regierung und der Landtag haben die Pflicht, mit größter Beschleunigung alle Maßnahmen zu treffen und Gesetze zu erlassen, die ein Absinken in die Anarchie verhüten.

Die Arbeitnehmer erkennen dankbar die Hilfe an, die das deutsche Volk bisher von den Vereinigten Staaten erhalten hat. Die Gewerkschaften richten an die Besatzungsmacht die dringende Bitte, durch erhöhte Einfuhr von Lebensmitteln dem deutschen Volk bei der Überwindung der Ernährungskrise auch weiterhin zu helfen. Eine Verbesserung in der Fettversorgung wäre möglich, wenn Deutschland zum Walfang zugelassen würde.

Die Gewerkschaften fordern alle ehrlich und ansfündig denkenden Menschen in Stadt und Land auf, sie in ihren Bestrebungen zur Wiederherstellung geordneter, gerechter und gesetzmäßiger Zustände zu unterstützen. Die nächsten Wochen und Monate unterscheiden über Sein oder Nichtsein. Der Korruption muß energisch und tatkräftig entgegengetreten werden. Keine Halbheiten darf es mehr geben. Das Volk will Taten sehen.

Die Gewerkschaften sind sich der Tragweite ihres Beschlusses voll bewußt. Ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Staat zwingt sie aber, die Regierung auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, wenn diese ungerechten und unhaltbaren Zustände weiter bestehen. Die Gewerkschaften erklären wiederholt ihre Bereitschaft, am Neubau einer demokratischen Wirtschaft und eines echten demokratischen Staates mitzuarbeiten.

Die Gewerkschaften fordern erneut das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und der Gesamtwirtschaft.

An unsere Gewerkschaftsfunktionäre richten wir die dringende Bitte, die angeordnete Protestaktion wirksam durchzuführen. Lehnt jede Sonderaktion deshalb ab! Haltet Euch an die Weisungen Eurer gewählten Verbandsleitungen.

Die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft wuchs. In Betrieben und Gewerkschaften wurden Proteste gegen die Wirtschaftspolitik laut, die vorgab, „sozial“ zu sein. Doch Gespräche, Flugblatt- und Plakataktionen brachten keine sichtbaren Erfolge. Für den 22. Oktober 1948 beruft der Stuttgarter Ortsausschuß der Gewerkschaften eine Betriebsräte-Vollversammlung ein.

Betriebsräte beschließen Protestdemonstration

Aufforderung an alle Arbeiter und Angestellte für eine Kundgebung am Donnerstag

Die am Freitagnachmittag im Zirkus Schulte versammelten Betriebsratsvorsitzenden der Stuttgarter Betriebe haben beschlossen, die Arbeiter- und Angestelltenschaft aufzurufen, am kommenden Donnerstag, 28. Oktober, um 13 Uhr die Betriebe und Büros zu verlassen und um 15 Uhr auf den Karlsplatz gegen die gegenwärtige Preisentwicklung in einer Massenversammlung zu protestieren. In Betriebsversammlungen sollen die Betriebsräte die Arbeitnehmerschaft über die jetzt bestehenden Absichten der Gewerkschaften unterrichten und den einheitlich geäußerten Willen kundtun, daß man nicht mehr bereit sei zuzusehen, sondern in Demonstrationen die Meinung des Volkes ausdrücken werde.

Den Mittelpunkt der Betriebsratsvollversammlung bildete ein Referat des Gewerkschaftsfunktionärs Hermann Rosenberg vom Gewerkschaftsrat Frankfurt, der vor den mit Vorwürfen nicht sparenden Betriebsräten die Frage zu beantworten hatte: Was hat der Gewerkschaftsbund bisher getan? Rosenberg sprach von dem hohen Verantwortungsgefühl der Gewerkschaften, welches sie zunächst veranlaßte, in gemeinsamer Arbeit den demokratischen Neuaufbau unserer Wirtschaft vorzunehmen. Diese Politik gemeinsamer Arbeit habe sich als trügerisch erwiesen, und es gelte jetzt, klare Fronten zu beziehen und sich für die Zukunft auf einen sozialen Kampf vorzubereiten. Heute sei klar zu erkennen, daß diese Entwicklung von bestimmten Kreisen gut vorbereitet worden sei. In die Währungsreform seien wir bereits mit einem absolut

erhöhten Preisniveau hineingegangen, während die Löhne nur für wenige Arbeitsgebiete um 15 Prozent erhöht werden konnten. Die deutsche Wirtschaft sei bestimmt durch den Mangel, darüber dürfe uns kein noch so gut ausgestattetes Schaufenster hinwegtäuschen. Es sei klar, wem wir diesen Mangel zu verdanken haben und daß wir alle bezahlen müssen; entscheidend sei jedoch die sozial gerechte Verteilung dessen, was in Deutschland übrig blieb und was täglich neu von der Arbeiterschaft produziert werde. Er forderte strenge Bewirtschaftung vom Rohstoff bis zum Absatz an den Verbraucher, und scharfe Preiskontrolle.

In einer sehr ausführlich und heftig geführten Diskussion, an der sich u. a. Arbeitsminister a. D. Rudolf Kohl beteiligte, kam der einmütige Wille der Betriebsvertreter zum Ausdruck, der bankrotten Erhard'schen Wirtschaftspolitik den Kampf anzusagen. Fast durchweg wurde von den Debatterednern die besänftigende Politik der Gewerkschaftsleitung kritisiert. Eine vom Thema abweichende Diskussion entstand, als ein Betriebsrat beantragte, gegen die beschlossene Sondersteuer für die sogenannte Berlinhilfe zu protestieren. Eine Gegenentschließung schlug vor, die Berlin-Steuer denen zu überlassen, die dazu in der Lage seien. Die Protestentschließung wurde mit Mehrheit angenommen. Ferner wurde mit großer Mehrheit ein Vorschlag angenommen, nach dem die Betriebsräte aller Betriebe sich organisatorisch zusammenschließen und einen Betriebsratsausschuß wählen sollen, der mit den Gewerkschaften die aktuellen Fragen zu besprechen hat. -pel.

11

Kampf dem Preiswucher!

Die Gleichstellung der abgehungerten Sparbeträge mit den Schieber- und Schwarzhändlergewinnen bei der Währungsumstellung war der größte Betrug gegenüber dem kleinen Mann.

Waren vor der Geldumstellung, Kompensationen, grauer, schwarzer Markt und Warenhortungen aller Art die Mittel, um die Sachwertbesitzer von einer Teilnahme an den Folgen des Hitlerkrieges zu schützen, so ist jetzt der Preiswucher das geeignete Mittel, um sich erneut auf Kosten der hungernden Masse zu bereichern.

Freie Wirtschaft

nennt Herr Dr. Erhardt seine unverantwortlichen Anordnungen in bezug auf Freigabe fast aller wichtigen Lebensgüter.

Verbrechen und Diktatur einer Clique von Großverdienern nennen wir diese Politik.

Nicht Freigabe der Preise bei dem heutigen Warenmangel, sondern gelenkte Wirtschaft und scharf kontrollierte Preise müssen gefordert werden. Wenn die neue Währung Bestand haben und die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes erhalten bleiben soll, müssen unverzüglich folgende Forderungen, die wir Gewerkschaften erheben, erfüllt werden:

1. Kontrolle der Preisgestaltung durch die Gewerkschaften.
2. Festsetzung von Verbraucherhöchstpreisen.
3. Herabsetzung und Kontrolle der einzelnen Handelsspannen beim Groß- und Einzelhandel.
4. Beseitigung der Festpreisanordnungen.
5. Preisauszeichnungen aller Waren.
6. Schärfstes Vorgehen gegen Erzeuger und Händler, die durch organisierte Preisabsprache die Preise abnorm hochhalten.

Vom Wirtschaftsrat fordern wir die unverzügliche Abberufung des Direktors des Verwaltungsamtes

für Wirtschaft, Dr. Erhardt, der sich als unfähig erwiesen hat, dieses wichtige Amt auszuüben. Wir bezeichnen es als eine Verhöhnung der Verbraucherschaft, wenn es dieser Mann fertig bekommt, die durch seine Politik erfolgten Preiserhöhungen als Schönheitsfehler zu bezeichnen. Diese Auffassung mag bei ihm mit 2000 DM Monatsgehalt zutreffen, bei Arbeitnehmern mit 35 DM wöchentlich bedeutet diese Politik den langsamen aber sicheren Untergang.

Wir fordern weiter zum Schutze des kaufenden Publikums ein Preiswuchergesetz, das neben einer scharfen Kontrolle, in die auch die Gewerkschaften einzuschalten sind, schärfste Strafen für die Preisverbrecher vorsieht.

Um der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, die durch falsche Preispolitik gesunkene Lebenshaltung auszugleichen, stellten die Gewerkschaften an die Militärregierung das dringende Verlangen, um sofortige

Aufhebung des Lohnstopps

unter einer Garantie des Mindestlohnes.

An unsere Mitglieder und an das kaufende Publikum richten wir den dringenden Appell:

- Kauft nur Waren, die ihr dringend benötigt.**
- Kauft nicht zu überhöhten Preisen.**
- Kontrolliert die Preisauszeichnungen.**
- Meldet uns alle Preisüberschreitungen.**

Bedenkt alle, daß ihr selbst es seid, die mithelfen müssen, um die Preise mit eurem Einkommen in Einklang zu halten.

Etwas mehr Haltung und Disziplin seitens der Käuferschaft dürfte auch in dieser Frage am Platze sein.

Unsere Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen bitten wir, für diese unsere Forderungen und Grundsätze sich einzusetzen, zu Hause ihre Frauen aufzuklären, um damit eine einheitliche Kampffront gegen Wucher- und Ausbeutertum zum Wohle der arbeitenden Menschen zu schaffen.

Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden Ortsausschuß Stuttgart

I. A.: H. Stetter

STUTTGARTER STRASSENBAHNEN
Betriebsrat.

Den 26. Oktober 1948.

B e k a n n t m a c h u n g

An alle Dienststellen !

Die unverantwortliche Wirtschafts-Politik des Verwaltungs-rates in Frankfurt hat auf allen Gebieten unserer Wirtschaft zu unerträglichen Freissteigerungen geführt.

Herr Erhardt und seine Getreuen stellen sich schützend vor die W a r e n h o r t e r und W ä h r u n g s - G e w i n n - l e r. Durch ihre Machenschaften ist das g e s a m t e Bewirtschaftungs-System zusammengebrochen und die arbeitende Bevölkerung muss die Rechnung bezahlen.

Um dagegen Stellung zu nehmen haben sich die Betriebsrats-vorsitzenden der Groß-Stuttgarter-Betriebe am letzten Freitag zusammengefunden. In dieser Versammlung wurde beschlossen, dass am D o n n e r s t a g, den 28. Oktober 1948 die gesamten Stuttgarter Arbeiter, Angestellten und Beamten demonstrieren.

Die Betriebe und Verwaltungen sammeln sich zu der Protest-kundgebung um 3.00 Uhr nachmittags auf dem Karlsplatz. Die Arbeiter und Angestellten der Stuttgarter Strassenbahnen nehmen geschlossen an dieser Protest-Aktion teil und verlassen um 14.00 Uhr ihre Arbeitsstätte.

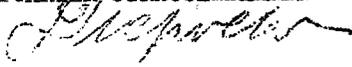
Von Ostheim erfolgt der geschlossene Abmarsch der Strassenbahner voran die Musik-Kapelle. Die Cannstatter Kollegen treffen mit den Ostheimern am Stöckachplatz zusammen. Marienplatz und die Verwaltung marschieren um 14.30 Uhr vor dem Direktions-Gebäude ab. Alle übrigen Dienststellen sammeln sich auf dem Karlsplatz bei unserer Musik-Kapelle.

Von 15.00 bis 16.00 Uhr, also während der Dauer der Kundgebung wird der gesamte Strassenbahn-Verkehr stillgelegt. Die Wagenzüge bleiben dort, wo sie um 15.00 Uhr sind stehen und fahren erst um 16.00 Uhr wieder tournusgemäß weiter.

Wir erwarten von allen Arbeitern und Angestellten unseres Betriebes, dass sie sich diszipliniert verhalten und dass jeder dem Ruf der Gewerkschaft Folge leistet und an der Kundgebung teilnimmt.

Kolleginnen und Kollegen, es gilt durch eine grosse und machtvolle Kundgebung unseren Gegnern zu beweisen, dass wir nicht länger gewillt sind, tatenlos einer derartigen Wirtschaftspolitik zuzusehen. Nur wenn jeder seine Pflicht erfüllt und an der Kundgebung teilnimmt, kann dieselbe den gewünschten Erfolg zeitigen.

Der Betriebsrat
der
STUTTGARTER STRASSENBAHNEN





Der 28. Oktober in Stuttgart

Die Kundgebung wird zur bisher größten Demonstration in Stuttgart nach dem zweiten Weltkrieg. 90 000 bis 100 000 Menschen folgen trotz kalten Wetters dem Aufruf der Gewerkschaften. In allen Stuttgarter Betrieben wird um 13 oder 14 Uhr die Arbeit niedergelegt und die Belegschaften marschieren geschlossen zum Karlsplatz.

Um 15 Uhr pünktlich zu Beginn der Kundgebung, stoppen die Stuttgarter Straßenbahner alle Züge. Hans Stetter, der Vorsitzende des Stuttgarter Ortsausschusses spricht zu den Arbeitern, Angestellten und Beamten:

„Wir haben Euch heute aufgerufen, die Betriebe und Arbeitsstellen zu verlassen, um in einer machtvollen Kundgebung Euren Willen zu bekunden, gegen eine Wirtschaftspolitik Front zu machen, die geeignet ist, die schaffenden Menschen auf Kosten einer kleinen Schicht habgieriger Geschäftemacher zu Grunde zu richten. ... Was wir verlangen, ist eine planmäßig gelenkte Wirtschaft mit staatlich kontrollierten Preisen. ... Wir fordern einen radikalen Kurswechsel der derzeitigen Wirtschaftspolitik. Eine scharfe Kontrolle der Produktion, der Kalkulation und der Unkostenberechnung unter Einschaltung der Betriebsräte. ... Um die Lohn- und Gehaltsempfänger vor dem Verhungern zu

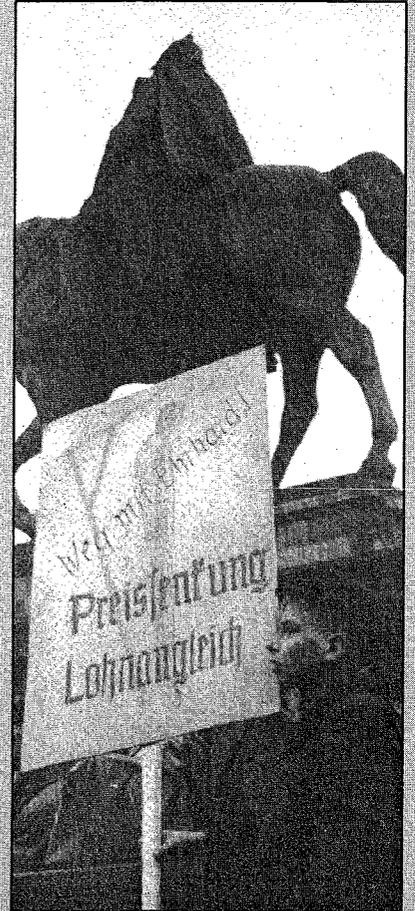
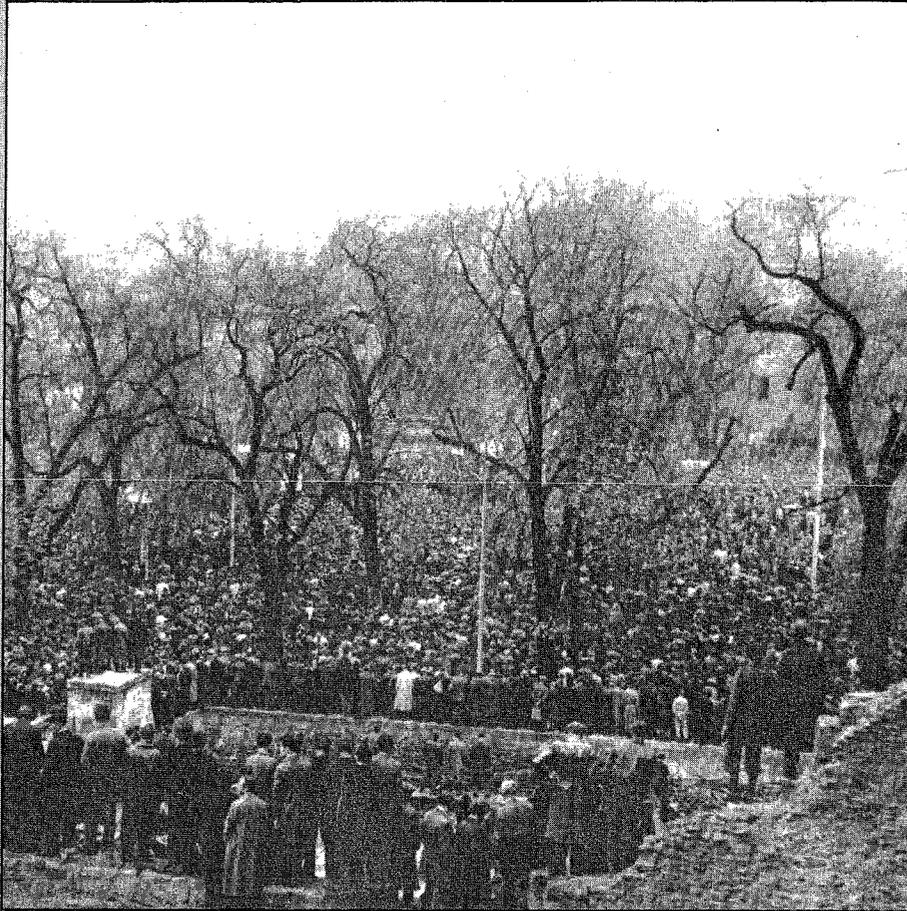
schützen, fordern wir auf der ganzen Linie Lohn- und Gehaltserhöhungen, Erhöhungen der Renten und der Bezüge für die Fürsorge-Unterstützungsempfänger ...

Wir fragen, wo bleibt der demokratische Gedanke, wenn die Besatzungsmacht die Außerkraftsetzung der Bestimmungen über das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen anordnet. ...

Wir bezeichnen diese Maßnahme als den schärfsten Schlag gegen jeden demokratischen Gedanken. ... Wir erblicken darin ein Verbeugen vor der kapitalistischen Reaktion, die mit die Hauptschuld an unserem Elend trägt.“

Hans Stetters Rede endet mit einer Passage, die auch als Resolution von den 100 000 Arbeitern angenommen wird:

„... Wir selbst sollten uns auf unsere Kraft besinnen, um in einheitlichem Handeln unter Führung der Gewerkschaften eine Wirtschaftsordnung zu erkämpfen, die für alle Menschen lebensmögliche Bedingungen schafft, in einem Staat, wo Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit die Grundpfeiler bilden.“



Um 15.30 Uhr wird die Kundgebung der Gewerkschaften offiziell geschlossen. Die Teilnehmer verlassen den Kundgebungsplatz. Viele strömen in Richtung Bahnhof, um dort Züge oder Straßenbahnen zur Heimfahrt zu erreichen.



Eine Menschengruppe von ca. 200 Leuten sammelt sich vor dem Modehaus Stahl in der unteren Königstraße. Diese exklusive Mode zu horrenden Preisen wird als Provokation empfunden. Um 16 Uhr zertrümmert ein Stein das Schaufenster des Modehauses.





Deutsche Polizei greift ein und versucht, die Königstraße zu räumen. Gegen 16.30 Uhr treffen zwei Jeeps der amerikanischen Militärpolizei auf dem Bahnhofsvorplatz ein. Mit Tränengas und Schlagstöcken wird die Menge zurückgedrängt.



Die Militärregierung macht die Gewerkschaften und Hans Stetter als Kundgebungsredner für die Tumulte verantwortlich. Am nachfolgenden Tage gibt der Ortsausschuß der Stuttgarter Gewerkschaften eine Erklärung heraus, in der er die Verantwortung für die Vorgänge entschieden ablehnt:

„Die Gewerkschaften bedienen sich derartiger Methoden in ihrem Kampfe nicht, sie haben dafür andere Mittel zur Verfügung, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Wir halten es für vollständig ausgeschlossen, daß es sich ... um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter handelte.“

Allerdings fügen sie der eindeutigen Distanzierung von den Vorfällen noch eine erneute Warnung hinzu:

„Wenn wir auch die Vorgänge vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Disziplin aus verurteilen, so müssen wir doch erklären, daß nach all dem, was die Masse der Verbraucherschaft sich seit der Währungsumstellung auf dem Gebiet des Preiswuchers seitens einer Clique von habierigen Geschäftemachern unter Duldung behördlicher Stellen gefallen lassen mußte, diese Vorgänge durchaus verständlich sind. ... Wir fühlen uns veranlasst, darauf hinzuweisen, daß wenn nicht bald eine gründliche Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik erfolgt und der immer weiter fortschreitenden Verelendung der arbeitenden Bevölkerung Einhalt geboten wird, sich Dinge ereignen werden, die auch wir als Gewerkschaften nicht mehr verhindern können.“

Trotzdem wird Hans Stetter am Samstagmorgen unter Umständen, die einer Verhaftung gleichkommen, nach Frankfurt zu General Clay zitiert. Nachdem Clay ihn vier Stunden hat warten lassen, teilt er Stetter mit, daß er ihn allein für die Vorgänge verantwortlich mache. Stetter habe eine „auführerische, hetzerische Rede gegen die Besatzungsmacht“ gehalten. Stetters Aufgabe wäre es gewesen, „den Volksmassen zu sagen, daß das amerikanische Volk Milliarden aufbringt, um das deutsche Volk vor dem Verhungern zu bewahren. Sie haben das nicht getan, sondern haben die Massen aufgehetzt“. Clay lehnt es ausdrücklich ab, Hans Stetter auch nur anzuhören. Er teilt ihm mit, daß er ein Ausgeh- und Versammlungsverbot erlassen habe und stößt auch noch eine unverhüllte Drohung gegen die Gewerkschaften aus. „Ich könnte auf Grund der Stuttgarter Vorgänge die Gewerkschaften verbieten, ich will das vorläufig nicht tun“.

*Hinsgeschickt am 4/11/48
antwortet am*
Bravo Herrn Stetter
Sind Sie davon überzeugt, daß
Ihre Ausführungen bezüglich der
Währungsreform sowie in Bezug
auf die Haltung der Besatzungs-
mächte von Millionen deutscher
Menschen - gleichgültig welcher Partei
sie angehören - als richtig empfunden
werden. Unsere Herren haben aber
nicht den Mut, dies immer und
immer wieder den Herrschaften zu
sagen, umso mehr hat uns Ihre Haltung
und Offenheit gefreut. Sie Schwaben
sind immer vorne dran.
Mit freundlichen Grüßen
Richard J. Zimmerman

Zustimmung und Unterstützung aus allen Gebieten Deutschlands erreichte den Gewerkschaftsbund nach dem 28. Oktober 1948

Hans Stetter schildert seinen Eindruck am 1. November auf einer erweiterten Vorstandssitzung des Ortsausschusses:

„Abschließend möchte ich sagen, daß ich von General Clay den Eindruck bekommen habe, daß er für die sozialen Nöte der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes nichts übrig hat. Er scheint auch mit den demokratischen Spielregeln, die wir in den Gewerkschaften haben, nicht vertraut und nicht befreundet zu sein. Er scheint der Auffassung zu huldigen, daß wir als Funktionäre der Gewerkschaften genauso Befehlsgewalt über die Massen haben wie ein Offizier.“

Die Vertreter aller Ortsverwaltungen stellen sich auf dieser Sitzung hinter Hans Stetter:

„Stetters Rede auf dem Karlsplatz war wohl entschieden aber maßvoll. ... Der Ortsausschuß des Gewerkschaftsbundes erklärt noch einmal mit aller Deutlichkeit, die Verantwortung für jene Ausschreitungen tragen allein die, welche sich als unfähig erwiesen haben, dem Preiswucher Einhalt zu gebieten.“



Ausgangssperre war die Reaktion der Amerikaner auf die Gewerkschafts-Demonstration

General Clay macht seine Ankündigung wahr. Bereits am Samstag tritt der Befehl Nr. 7 in Kraft: Versammlungsverbot und Ausgangssperre von 21 bis 4 Uhr für die gesamte Stuttgarter Bevölkerung auf unbefristete Zeit.

Der Befehl Nr. 7 löst bei der Stuttgarter Bevölkerung Empörung aus. Oberbürgermeister Klett protestiert in einem Telegramm an Clay gegen diese Maßnahme. In einer Rundfunkrede fordert er gleichzeitig die Bevölkerung auf, sich ruhig zu verhalten. Auch Landesbischof Wurm drückt in einer ausführlichen Erklärung sein Verständnis für die demonstrierenden Arbeiter aus und kritisiert die überzogenen Maßnahmen der Militärregierung. Clay versucht, die Empörung gegen diese Maßnahme umzulenken. Er macht „nationalistische und linksextreme Elemente“ für Ausschreitungen und Ausgangssperre verantwortlich. Der Justizminister weiß, noch bevor die Untersuchungen abge-

schlossen sind, bereits am 3. November zu berichten, der Haupträdelsführer sei aus dem Osten gekommen „und hat nach Anweisungen gehandelt, die er während seiner Kriegsgefangenschaft in Rußland auf sich nahm“.

Die Untersuchungen der deutschen und der amerikanischen Polizei können aber all diese Beschuldigungen nicht bestätigen. Alle Versuche, die Beteiligung von Gewerkschaften oder organisiertes politisches Handeln nachzuweisen, scheitern.

Nach sieben Tagen wird wohl unter dem Eindruck der vielfältigen Protesterklärungen die Ausgangssperre zurückgenommen. Das Versammlungsverbot bleibt jedoch noch bis Dezember bestehen.

Die Gewerkschaften fordern:

1. Die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notzustandes.
2. Zur Überwindung dieses Notzustandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen:
 - a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten;
 - b) Erlaß eines dem Notzustand angepaßten Preiskontroll- und Wucher-gesetzes;
 - c) erweiterte Vollmachten und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und ille-galem Warenhandel;
 - d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notzustand in einem besonderen Verfahren.
3. Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaße, das dem Verhältnis zwischen vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird.
4. Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer.
5. Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden.
6. Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Be-wirtschaftung im Ernährungssektor.
7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Groß-handel.
8. Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirt-schaft.
9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Ge-werkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.
10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlos-senen Gesetze.

Frankfurt (Main), den 5. November 1948.

Gewerkschaftsrat der Vereinigten Zonen

Zur Demonstration des gewerkschaftlichen Willens

ruht die Arbeit am Freitag, den 12. Nov. 1948 00 bis 24 Uhr

Die Proteste halten an

Auch nach der Demonstration am 28. Oktober hält die Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten an. Mit weiteren Aktionen wollen sie die unsozialen Folgen der Währungsreform bekämpfen. Zwei Tage nach der Demonstration faßte die Vertreterversammlung des Industrieverbandes Metall Stuttgart eine Entschlie-
bung, in der sie einen harten Kurs des Gewerkschaftsbundes vorschlug:

„Diese Tatsachen (die Folgen der Währungsreform) veranlassen die Vertreterversammlung vom Gewerkschaftsrat, die Abberufung sämtlicher Gewerkschaftsvertreter aus allen wirtschaftlichen Institutionen zu fordern. Die Gewerkschaften müssen gegenüber der Politik der Mehrheit des Wirtschaftsrates in scharfe Opposition gehen. Nur durch die zusammengefaßte Kraft aller Arbeitnehmer können die Forderungen der Gewerkschaften durchgesetzt werden. Die in den letzten Tagen in Württemberg-Baden durchgeführten Kundgebungen beweisen, daß die arbeitende Bevölkerung dem Ruf der Gewerkschaften folgt. Nunmehr ist es Aufgabe des Gewerkschaftsrats, diese einzelnen Kundgebungen zu einheitlichen, zentral geleiteteten Gewerkschaftsaktionen in der gesamten Bizone zusammenzufassen. Der Kampf muß geführt werden, um die Kontrolle der Preise durch die Betriebsräte in Industrie, Handel und Gewerbe. Um die unerhörten Preissteigerungen einigermaßen auszugleichen, müssen die Löhne und Gehälter um einen einheitlichen Betrag in der gesamten Bizone in allen Industriezweigen erhöht werden. Darüber hinaus muß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft weitergeführt werden.“

Tatsächlich beschließt der Gewerkschaftsrat der Bizone am 7. November, einen befristeten Generalstreik für das gesamte vereinigte Wirtschaftsgebiet auszurufen, die diesem Streik zu Grunde liegen, verlangen nur die unsozialen Auswirkungen der Währungsreform zu beseitigen; sie beinhalten auch die grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaft zur Neugestaltung der Gesellschaft:

- Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum.
- gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung

In Stuttgart wird der Streikaufruf fast ausnahmslos befolgt.

Wegen des Versammlungsverbots verzichtet die Gewerkschaft darauf, zu einer Kundgebung aufzurufen. Der 2. Generalstreik der Nachkriegsgeschichte demonstriert die breit Ablehnung der Politik des Wirtschaftsrates. Die Arbeiter und Angestellten fordern eine Abkehr von der Ehrhardschen Orientierung auf die marktwirtschaftliche Anarchie von Produktion und Verteilung.

Der Generalstreik war auf 24 Stunden befristet. Auch nach diesen 24 Stunden hatte sich das Blatt nicht zugunsten der gewerkschaftlichen Vorstellungen auf Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gewendet.



Der 1. Mai 1949 in Stuttgart

Es kündigt sich Sturm an

Im November 1949 erscheint die „Gewerkschaftszeitung“ unter dieser Schlagzeile.

„Die Enttäuschung der Massen verwandelt sich mehr und mehr in einen gefährlichen Haß. Ist das verwunderlich? Darüber könne nur solche Leute erstaunt sein, die von ihrem eigenen Wohlleben auf die Lebensverhältnisse der Massen schließen. Für sie spielt es keine Rolle, wenn der Zentner Kartoffeln 6 bis 8 DM kostet, im Einzelhandel 10 Pfund bis zu 90 Pfennig; wenn der Metzger für das Pfund Schweinefleisch 3,40 bis 4,10 DM verlangt, wenn man (wie es besonders in badischen Städten der Fall ist) von Geschäft zu Geschäft rennen muß, um endlich für 51 Pfennig ein Ei zu bekommen. Sie kennen auch nicht die vielen Elendswohnungen, in denen Arbeiterfamilien hausen müssen. Aber die Arbeiter erfahren von den ‚feinen Restaurants‘, von den rauschenden Festen, die von der ‚besseren Gesellschaft‘ daheim und in Lokalen gefeiert werden. Sie sehen Luxusgeschäfte und Luxuswohnungen entstehen, während auf der anderen Seite für Arbeiterwohnungen ‚einfach kein Geld da ist‘. Wenn man sich über etwas wundern kann, dann allein darüber, daß die Massen sich bisher damit begnügt haben, ihren berechtigten Unwillen nur in allerdings sehr harten Worten zum Ausdruck zu bringen.“

Die Lebenslage der meisten Arbeiter und Angestellten sollte sich in den kommenden Jahren bessern. Bis in die Mitte der 50er Jahre erhöht sich das Realeinkommen um rund 6 Prozent jährlich. Vom „Wirtschaftswunder“ fällt auch etwas für die Arbeitenden ab. Doch den 1949 auf dem Gründungskongreß des DGB formulierten Zielen kam man kaum näher:

„I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter der Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigsten Bedarfs sichert.

II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhalts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.“



15 000 Metallarbeiter nahmen an einer Kundgebung am 3.11.1950 im Schloßhof teil, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen

Auch die Lohnerhöhungen waren alles andere als freiwillige Zugeständnisse der Unternehmer. In harten, langen Streiks erkämpften die Arbeiter einen Anteil am Aufschwung.

Die Lohnfrage wurde zum zentralen Punkt gewerkschaftlicher Aktivitäten. Der Gedanke einer grundsätzlichen Vermögensumverteilung trat in den Hintergrund.

Die weitgehende Zurückhaltung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zahlt sich für die Arbeiterbewegung nicht aus. Wenige Jahre nach Gründung der BRD wird das 1952 bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes überdeutlich.

War in den ersten Nachkriegsjahren durch das Kontrollratsgesetz Nr. 22 die rechtliche Grundlage für zahlreiche weitreichende Mitbestimmungsregelungen gegeben, so wird jetzt trotz des Protestes tausender Gewerkschafter ein Gesetz verabschiedet, das keine paritätische Mitbestimmung vorsieht. Die Betriebsratsarbeit dem Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit unterordnet und alles verbietet, was den Betriebsfrieden gefährden könnte. Vor allem aber werden Betriebsräte und Gewerkschaften getrennt, die Stellung der Gewerkschaften im Betrieb bleibt unklar.



Arbeitsruhe statt Kommissstiefel!
Friedensvertrag statt Atlantikpakt! Das waren
Losungen auf einer Maikundgebung in Stuttgart

Chronologie der Ereignisse 1948

Januar 48: Die deutsche Arbeiterklasse erlebt den dritten Hungerwinter seit Kriegsende

22./23. Januar: 24-stündiger Generalstreik in Bayern gegen Wirtschaftspolitik und Hungerrationen

30. Januar.: Auf einer Konferenz in Mülheim an der Ruhr warnt Hans Böckler (DGB-Vorsitzender von 1949 bis 1951) vor einem Generalstreik im Ruhrgebiet. Er gibt zu bedenken, dass „der größte Streik nicht ein einziges Korn, ein einziges Stück Brot mehr bringt.“ Widerstrebend folgt ihm die Mehrheit der Konferenzteilnehmer

3. Februar: Streiks in Hannover und in Württemberg-Baden. Allein in Baden Württemberg legen 1 Million Beschäftigte die Arbeit nieder.

3.-5. Februar: Auf einer Interzonenkonferenz der Gewerkschaften spricht Ernst Lemmer von der Möglichkeit eines 24-stündigen gesamtdeutschen Generalstreiks.

20. Juni: Währungsreform

6. August: Der Landtag von NRW beschließt den Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Kohlegruben. Der britische Militärgouverneur verweigert die Zustimmung.

12.-24. August: In Massendemonstrationen und mit Teilstreiks protestiert die Bevölkerung vieler Großstädte gegen Lohndruck, Preiswucher und Verschleppung des Mitbestimmungsrechts.

16. Oktober: In München wettet Ludwig Erhard gegen eine „ebenso machthungrige wie seelenlose Bürokratie und Bonzokratie“. Seine Wirtschaftspolitik richtet sich immer deutlicher gegen das Programm der Gewerkschaften.

26. Oktober: Bundesvorstand und Beirat des DGB der britischen Zone beschließen einen befristeten Generalstreik.

28. Oktober: In allen Stuttgarter Betrieben wird von 13 bzw. 14.00 Uhr an die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaften marschieren geschlossen aus ihren Betrieben zu einer zentralen Kundgebung in die Innenstadt, die 90.000 bis 100.000 TeilnehmerInnen zählt.

3. November: In Frankfurt gibt Fritz Tarnow eine Pressekonferenz für den Gewerkschaftsrat. Tarnow erklärt: „Die Gewerkschaften können nicht länger zusehen, dass die Arbeiter um den Ertrag ihres wachsenden Arbeitsfleisses betrogen werden, dass ein Schmarotzertum ihnen die Butter vom Brot ist und das Unternehmertum seine alte Machtstellung über die Wirtschaft und den Staat wieder aufbaut.“

10. November: Vincent Tewson vom britischen Gewerkschaftsbund warnt den DGB vor subversiven Aktivitäten kommunistischer Gewerkschafter.

11. November: Hans Böckler in der Neuen Zeitung: „Wir gehen nun an ein außerordentlich wichtiges und gewaltiges Werk. Es steht nahezu alles gegen uns, umso größer muss die Anstrengung sein, die der einzelne und die Gesamtheit macht, wenn wir vor unserer eigenen Kritik bestehen wollen.“

12. November: In der britischen und amerikanischen Besatzungszone ruht für 24 Stunden die Arbeit. 9,2 Millionen von 11,7 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligen sich an diesem größten Streik der Nachkriegsgeschichte. Die Gewerkschaften hatten in den beiden Zonen im Frühjahr 1948 knapp 4 Millionen Mitglieder.

19. Dezember: Bei einer Konferenz ziehen die Gewerkschaftsfunktionäre der Trizone eine positive Bilanz vom 12.11. und beschließen die Fortführung von Aktionen.